Gemeinde Oberdorf

Nr. 211/24

E I N L A D U N G
Z U R

E I N W O H N E R G E M E I N D E V E R S A M M L U N G
vom Donnerstag, 5. Dezember 2024, um 19.00 Uhr
im Vereinszimmer der Primarschule Oberdorf

Traktanden:

1) Genehmigung Protokoll Einwohnergemeindeversammlung vom 25.06.2024
2) Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2029
3) Genehmigung Budget 2025
4) Investitionsbeitrag über Fr. 530‘000.00 (inkl. MwSt.) für den Ersatz Kunstrasen z‘Hof
5) Totalrevision Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege
6) Genehmigung neuer Konzessionsvertrag Elektrizitätsnetz zwischen der Gemeinde Oberdorf und der Elektra Baselland (EBL)
7) Verschiedenes

DER GEMEINDERAT

Das Mitteilungsblatt mit den detaillierten Erläuterungen kann auf der Gemeindeverwaltung einzeln oder als Abo bezogen werden. Ausserdem kann es auf unserer Homepage heruntergeladen werden: http://www.oberdorf.bl.ch / Politik / Gemeindeversammlung /

Sie erreichen uns unter: Tel. 061 965 90 90 oder info@oberdorf.bl.ch

1. Genehmigung Protokoll Einwohnergemeindeversammlung vom 25.06.2024

Beschlüsse der Einwohnergemeindeversammlung vom Dienstag, 25.06.2024 um 19.00 Uhr im Vereinszimmer der Primarschule Oberdorf

Auszug aus dem Detailprotokoll:

1. Genehmigung Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 26.02.2024
Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 26.02.2024 wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Oberdorf für das Jahr 2023
Die Versammlung nimmt den Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für das Jahr 2023 zur Kenntnis.

3. Genehmigung Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde
Die Versammlung genehmigt die Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde einstimmig.

4. Aufhebung Reglement der Bau- und Planungskommission Oberdorf
Die Versammlung genehmigt die Aufhebung des Reglements der Bau- und Planungskommission Oberdorf per 30.06.2024 einstimmig.

5. Erneuerungswahl Natur- und Umweltschutzkommission
Die Versammlung wählt für die Amtsperiode 01.07.2024 – 30.06.2028 folgende Personen mit 23 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung in die Natur- und Umweltschutzkommission:

- Bürgi Stephan
- Suter Andreas
- Vollmer Urs

Ein Sitz bleibt unbesetzt. Die Nachwahl findet an der nächsten Einwohnergemeindeversammlung statt.

6. Verschiedenes
Die Versammlung nimmt folgende Schlussabrechnung zur Kenntnis:

- Sanierung Vorplatz Mehrzweckhalle / Kosten Fr. 614.90 / Kreditunterschreitung Fr. 79'385.10 (Unterschreitung aufgrund Entnahme aus Fonds Schutzraumbauten)

2. Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2029

Hinweis: Die detaillierten Ausführungen finden Sie im Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2029

Die aktuelle finanzielle Lage in Kürze
Die finanziellen Herausforderungen, mit denen die Gemeinde konfrontiert ist, werden nicht kleiner. Noch verfügt die Gemeinde über frei verfügbares Eigenkapital in Form des Bilanzüberschusses und die finanzpolitische Reserve.

Wohin die Entwicklung im Schulbereich, in der Sozialhilfe, im Asylwesen (der Bund und Kanton übernehmen die Kosten nur in den ersten 5 bis 7 Jahren) und in der Alterspflege führt, ist schwer vorherzusehen respektive kann insofern beantwortet werden, dass es teurer werden wird. Der Gemeinderat kann auf die diesbezügliche Ausgabenentwicklung wenig bis keinen Einfluss nehmen.

Auf der Einnahmenseite wird mit leicht ansteigenden Steuereinnahmen gerechnet. Damit können die steigenden Ausgaben nicht gedeckt werden. Die geplante Revision des Finanzausgleichsgesetzes wurde vom Regierungsrat im Jahr 2024 sistiert. Insofern muss vorerst nicht zwingend mit Mindereinnahmen aus dem Ressourcenausgleich gerechnet werden. Die IG für einen massvollen Finanzausgleich plant, eine Gemeindeinitiative zur Senkung ihrer Zahlung in den Ressourcenausgleich und die Erhöhung der vom Kanton finanzierten Lastenabgeltung und die Kompensationszahlungen einzureichen. Nach wie vor ungewiss ist, wie sich die aufgegleiste Revision des Steuergesetzes betreffend die Überprüfung der Basel-bieter Eigenmietwerte auf die Gemeindefinanzen auswirken wird.

Oberdorf wächst in puncto der Einwohnerzahl was grundsätzlich zu begrüssen ist und für die Attraktivität von Oberdorf spricht. Bis jetzt wirken sich die steigenden Einwohnerzahlen noch nicht spürbar auf die Steuereinnahmen aus. Vielmehr ist die Gemeinde dadurch mit höheren Ausgaben im Schulbereich konfrontiert.

Die neuen Zonenvorschriften sind immer noch nicht vom Regierungsrat genehmigt, welche eine höhere Ausnutzung ermöglichen und für Investoren/Bauherren attraktiv sind. Einige Projekte warten darauf, umgesetzt zu werden.

Über die ganze Planungsperiode kann Oberdorf seinen Betrieb (Erfolgsrechnung) und die Investitionen nicht mit selbst erarbeiteten Finanzmitteln bestreiten. Das manifestiert sich in den jährlichen Aufwand-überschüssen, dem abnehmenden Bilanzüberschuss (Eigenkapital), der negativen Selbstfinanzierung und den Finanzierungsfehlbeträgen. Folglich steigen die Schulden respektive die Netto-Verschuldung an.

Verschiedene Faktoren können in einem Planungshorizont von 5 Jahren die Umsetzung von Investitionen, die Aufnahme von Fremdkapital und die Erfolgsrechnung beeinflussen.

Die strategischen und finanzpolitischen Zielsetzungen

- Zukunftsgerichtete Finanzpolitik zur Steigerung des finanziellen Handlungsspielraums mittels
  - einer moderaten Verschuldung
  - einer mittel- und langfristig ausgeglichenen Erfolgsrechnung
  - Stärkung des frei verfügbaren Eigenkapitals (finanzpolitische Reserve und Bilanzüberschuss)
  - einer positiven Selbstfinanzierung
- Förderung attraktiver Rahmenbedingungen für den Wohn- und Gewerbestandort
- Zukunftsgerichtete und werterhaltende Investitionen in die Infrastruktur
- Aktives Sozialhilfemanagement durch den Sozialdienst zum Abbau der Unterstützungsleistungen

Rahmenbedingungen für die Berechnung des AFP 2023 - 2027

Die Herausforderungen bei der Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans sind anspruchsvoll. Auch erschwerten die sich fast täglich ändernden Einwohner- und Schüler*innenzahlen die Planung. Das Bevölkerungswachstum wirkt sich noch nicht auf das Steuersubstrat aus. Jede Planung hängt von den getroffenen Annahmen und den Rahmenbedingungen ab. Nicht zu beeinflussen sind dabei die externen oder übergeordneten Entwicklungen. Zum anderen können Rahmenbedingungen auch selbst festgelegt werden. Der Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2029 beruht auf den folgenden Annahmen.

Basis

Der Aufgaben- und Finanzplan basiert zur Hauptsache auf dem Budget 2024. So weit möglich wurden die bei der Erstellung bekannten Ereignisse und Vorgaben berücksichtigt. Auch wird über die ganze Planungsperiode mit einem unveränderten Steuerfuss von 65 % und mit unveränderten Gebühren für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung geplant. Eine Gebührenerhöhung bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wird in 2 bis 3 Jahren wohl unumgänglich werden.

Bevölkerungsentwicklung

Aufgrund von Gesprächen mit Investoren und Bauherren geht der Gemeinderat davon aus, dass, sobald der/das Zonenplan-/reglement in Kraft getreten ist, Neubauten mit mehreren Wohneinheiten entstehen werden. Die Bevölkerungsentwicklung hängt von vielen Faktoren ab und ist schwierig vorauszusehen. Tendenziell und grundsätzlich wird von einem Bevölkerungswachstum ausgegangen.

Bevölkerungsstatistik

	2022*	2023*	2024**	2025**	2026**	2027**	2028**	2029**
Einwohner	2455	2578	2590	2600	2610	2620	2630	2640

* Amt für Daten und Statistik (https://www.statistik.bl.ch/web_portal/1) per 31.12.2022/2023

** prognostizierte Wohnbevölkerung per 31.12.20XX

In der untenstehenden Tabelle sind die Steuern- und Gebührensätze aufgelistet.

	BU 2024	BU 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Gemeindesteuer *natürliche Personen**	65%	65%	65%	65%	65%	65%
Ertragssteuer *juristische Personen***	55%	55%	55%	55%	55%	55%
Kapitalsteuer *juristische Personen***	55%	55%	55%	55%	55%	55%
Sondersteuersatz juristische Personen***	55%					
Wasserversorgung**						
Grundgebühr pro Wohnung/Gewerbeeinheit	CHF 60.00	CHF 60.00	CHF 60.00	CHF 60.00	CHF 60.00	CHF 60.00
Grundgebühr pro Wasserzähler	CHF 25.00	CHF 25.00	CHF 25.00	CHF 25.00	CHF 25.00	CHF 25.00
Mengengebühr pro m3	CHF 1.50	CHF 1.50	CHF 1.50	CHF 1.50	CHF 1.50	CHF 1.50
Abwasserentsorgung**						
Grundgebühr pro Wohnung/Gewerbeeinheit	CHF 40.00	CHF 40.00	CHF 40.00	CHF 40.00	CHF 40.00	CHF 40.00
Mengengebühr pro m3	CHF 0.50	CHF 0.50	CHF 0.50	CHF 0.50	CHF 0.50	CHF 0.50
Gebühr für Regenwasser pro m3 angeschlossene Fläche						
Trennsystem	CHF 0.10	CHF 0.10	CHF 0.10	CHF 0.10	CHF 0.10	CHF 0.10
Mischsystem	CHF 0.75	CHF 0.75	CHF 0.75	CHF 0.75	CHF 0.75	CHF 0.75

* von der Staatssteuer

** Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV17). Ab dem Jahr 2023 erfolgt die Berechnung der geschuldeten Gemeindesteuer von der Staatsteuer mit einem von der Gemeinde jährlich festzulegenden Steuerfuss (Steuergesetz (StG) § 58 Abs. 2 lit. b und § 62 Abs. 2 lit. b).

*** Umsetzung der Steuervorlage (SV17). Steuergesetz (StG) § 206 Abs. 5. Ab 2025 unterliegen alle Unternehmen dem ordentlichen Satz von 4.4 %.

**** exkl. MwSt.
Die finanzielle Entwicklung der Spezialfianzierungen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird voraussichtlich eine Gebührenerhöhung ab 2026, spätestens 2027, zur Folge haben. Diese ist bewusst noch nicht im AFP aufgenommen, da einerseits die Spezialfinanzierungen noch über Eigenkapital verfügen und andererseits wichtige Entscheidungen/Beschlüsse noch ausstehen.
Bei der Wasserversorgung hat der Souverän über das Wasserwerk z'Hof zu befinden. Bei der Abwasserentsorgung schlagen die höheren Abwassergebühren des Kantons zu Buche.

Planungsübersicht

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Gemeindefinanzen.

Beträge in 1'000

Ergebnis	RECHNUNG 2022	BUDGET 2023	BUDGET 2024	ABWEICHUNG zum Vorjahr		PROGNOSEJAHRE 2025	2026	2027	2028
Aufwand Erfolgsrechnung	**11'260.1**	**12'253.9**	**13'466.5**	**1'212.6**	**9.9%**	**13'915.9**	**14'019.0**	**14'121.6**	**14'215.0**
Ertrag Erfolgsrechnung	**11'261.4**	**11'875.3**	**12'395.0**	**519.7**	**4.4%**	**12'422.4**	**12'450.9**	**12'478.7**	**12'487.7**
Ergebnis Erfolgsrechnung	**1.3**	**-378.6**	**-1'071.5**	**-692.9**	**183.0%**	**-1'493.5**	**-1'568.1**	**-1'643.0**	**-1'727.3**
+ Abschreibung Verwaltungsvermögen*	193.5	298.9	320.7	21.9	7.3%	610.3	622.1	626.4	626.6
+ Abschreibung Investitionsbeiträge	27.6	30.5	30.5	-	0.0%	-	-	-	-
- Entnahme aus Fonds/Spezialfinanzierungen	-263.6	-289.4	-311.7	-22.3	7.7%	-374.0	-381.0	-382.0	-392.0
+ Einlage in Fonds/Spezialfinanzierungen	-	-	-	-		-	-	-	-
- Entnahme aus Eigenkapital	-15.7	-15.7	-15.7	-	0.0%	-15.7	-15.7	-15.7	-15.7
+ Einlage in Eigenkapital	60.0	-	-	-		-	-	-	-
Selbstfinanzierung	**3.0**	**-354.4**	**-1'047.7**	**-693.3**	**195.6%**	**-1'272.9**	**-1'342.8**	**-1'414.2**	**-1'508.4**
Investitionsausgaben	1'601.0	2'369.0	6'798.0	4'429.0	187.0%	1'185.0	855.0	905.0	905.0
Investitionseinnahmen	29.0	150.0	150.0	-	0.0%	150.0	150.0	150.0	150.0
Nettoinvestitionen	**1'572.0**	**2'219.0**	**6'648.0**	4'429.0	**199.6%**	**1'035.0**	**705.0**	**755.0**	**755.0**
+ Selbstfinanzierung	3.0	-354.4	-1'047.7	-693.3	**195.6%**	-1'272.9	-1'342.8	-1'414.2	-1'508.4
Finanzierungssaldo	**-1'569.0**	**-2'573.4**	**-7'695.7**	-5'122.3	**199.1%**	**-2'307.9**	**-2'047.8**	**-2'169.2**	**-2'263.4**
Selbstfinanzierung	3.0	-354.4	-1'047.7	-693.3	**195.6%**	-1'272.9	-1'342.8	-1'414.2	-1'508.4
Nettoinvestitionen	1'572.0	2'219.0	6'648.0	4'429.0	**199.6%**	1'035.0	705.0	755.0	755.0
SELBSTFINANZIERUNGGRAD	**0.2%**	**-16.0%**	**-15.8%**		**0.2%**	**-123.0%**	**-190.5%**	**-187.3%**	**-199.8%**
SCHULDENVERÄNDERUNG									
Schulden per 01.01.	3'000.0	3'000.0	5'000.0	2'000.0	**66.7%**	12'500.0	14'500.0	16'500.0	18'500.0
Schuldenab/-zunahme	0.0	2'000.0	7'500.0	5'500.0		2'000.0	2'000.0	2'000.0	2'000.0
Schulden per 31.12.	**3'000.0**	**5'000.0**	**12'500.0**	7'500.0	**150.0%**	**14'500.0**	**16'500.0**	**18'500.0**	**20'500.0**
Total Schulden in Fr. pro Einwohner per 31.12.	**1'223.5**	**2'020.2**	**5'091.6**	3'071.4	**152.0%**	**5'731.2**	**6'496.1**	**7'254.9**	**8'007.8**
Eigenkapital Allgemeiner Haushalt									
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag Allgemeiner Haushalt per 01.01.	2'315.0	2'316.3	2'316.3	-	**0.0%**	2'316.3	1'252.7	-315.4	-1'958.4
Finanzpolitische Reserve per 01.01.	1'820.0	1'880.0	1'501.4	-378.6	**-20.1%**	429.9	0.0	0.0	0.0
Ergebnis Erfolgsrechnung Allg. Haushalt per 31.12.	*61.3*	*-378.6*	*-1'071.5*	-692.9	**183.0%**	*-1'493.5*	*-1'568.1*	*-1'643.0*	*-1'727.3*
- davon Einlage/Entnahme in/aus Bilanzüberschuss	1.3	0.0	0.0	-		-1'063.6	-1'568.1	-1'643.0	-1'727.3
- davon Einlage/Entnahme in/aus finanzpol. Reserve	60.0	-378.6	-1'071.5	-692.9	**183.0%**	-429.9	0.0	0.0	0.0
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag Allgemeiner Haushalt per 31.12.	2'316.3	2'316.3	2'316.3	-	**0.0%**	1'252.7	-315.4	-1'958.4	-3'685.7
Finanzpolitische Reserve per 31.12.	1'880.0	1'501.4	429.9	-1'071.5	**-71.4%**	0.0	0.0	0.0	0.0
Eigenkapital Allgemeiner Haushalt per 31.12.	**4'196.3**	**3'817.7**	**2'746.2**	-1'071.5	**-28.1%**	**1'252.7**	**-315.4**	**-1'958.4**	**-3'685.7**

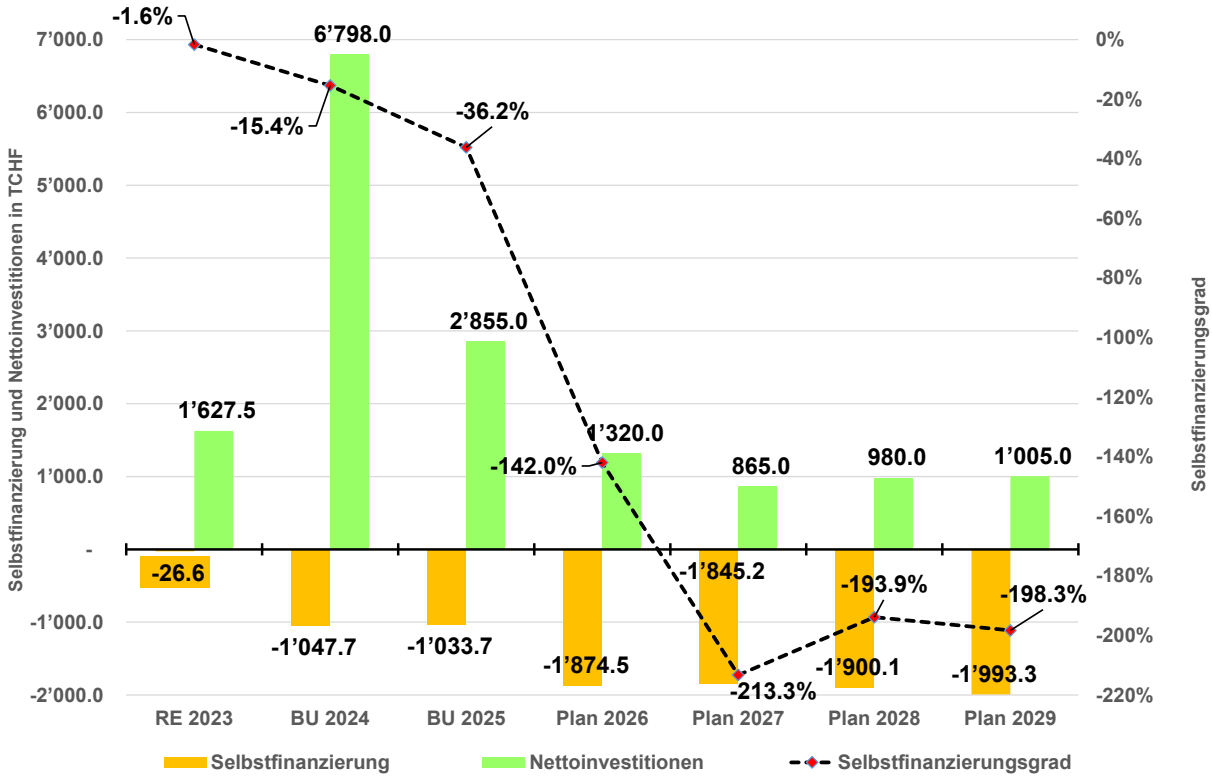
* inkl. Abschreibungen Investitionsbeiträge der Prognosejahre

Kurzkommentar:

➔ Der Aufwand steigt stärker als der Ertrag.
Folgen:
➜ Steigende Aufwandüberschüsse in der ganzen Planperiode.
➜ Finanzpolitische Reserve Ende 2025 aufgelöst.
➜ Bilanzfehlbetrag per Ende 2027.

➔ Selbstfinanzierung und Selbstfinanzierungsgrad in der ganzen Planperiode negativ.
➔ Abnehmende Nettoinvestitionen.
➔ Durchschnittliche Nettoinvestitionen von CHF 1.4 Mio./Jahr.
Folgen:
➜ Finanzierungsfehlbeträge in der ganzen Planungsperiode. Höhepunkt im Jahr 2025.
➜ Schuldenzunahme ab 2025.

Entwicklung Selbstfinanzierung Gesamthaushalt

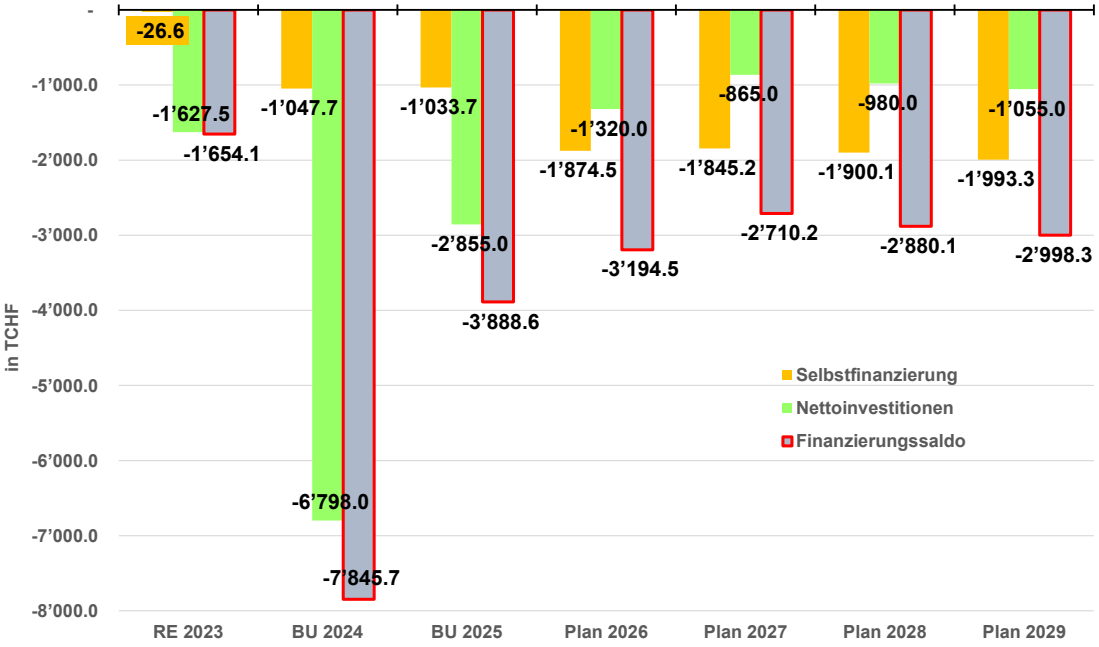


Die ganze Planungsperiode zeigt eine negative Selbstfinanzierung und einen negativen Selbstfinanzierungsgrad.
Das wirkt sich auf den Finanzierungssaldo und die Schulden aus.

Der Finanzierungssaldo ist das Ergebnis aus:

	Saldo Erfolgsrechnung
+	Abschreibungen
=	*Selbst-/Eigenfinanzierung*
-	Nettoinvestitionen
=	***Finanzierungssaldo***

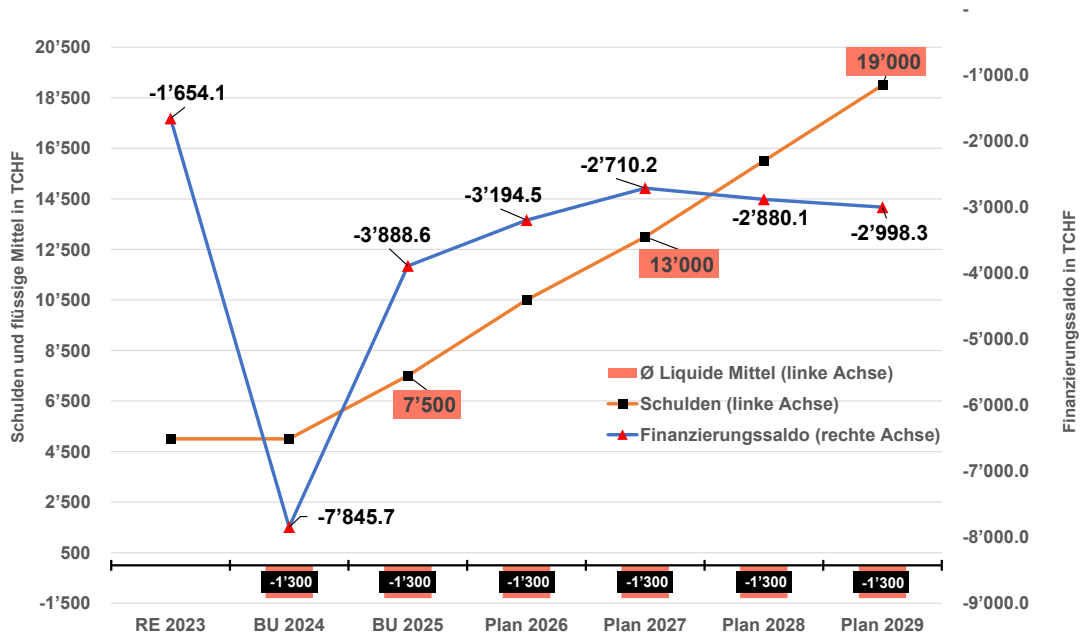
Entwicklung Finanzierungsaldo



Wegen der in der ganzen Planungsperiode negativen Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen resultiert jährlich ein negativer Finanzierungssaldo.

Der Finanzierungssaldo ist ein Indikator für die Schuldenentwicklung. Er stellt dar, ob die Gemeinde die gesamte staatliche Aufgabenerfüllung (Ausgaben) für die Erfolgsrechnung und die Investitionen vollständig aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann.
Ist der Finanzierungssaldo negativ, muss die Gemeinde zur Finanzierung der Ausgaben Fremdkapital beschaffen.

Entwicklung Schulden



Die flüssigen Mittel verstehen sich exkl. Darlehen!

Aus den Finanzierungsfehlbeträgen resultiert jährlich eine Schuldenzunahme. Ohne Fremdmittelaufnahme können die Ausgaben (Betrieb und Investitionen) nicht bezahlt werden.

Laut Plan werden die Schulden bis Ende 2029 auf CHF 19 Mio. ansteigen.

Es ist anzumerken, dass zum Zeitpunkt der Finanzplanerstellung davon auszugehen ist, dass das Projekt Wasseraufbereitung z'Hof nicht im Jahr 2024 realisiert werden wird.
Das wirkt sich auf die ganze Schuldensituation des Jahres 2024 und die Folgejahre aus.

Die im Diagramm dargestellten flüssigen Mittel stellen einen Mittelwert ohne Darlehen dar. Die Gemeinde kann aus der Betriebstätigkeit nicht genügend flüssige Mittel erwirtschaften, um einerseits den Betrieb und andererseits die Investitionen finanzieren zu können.

Zusammenfassung der Aufgabenbereiche

Beträge in 1'000

Funktion	CHF	RECHNUNG 2018	RECHNUNG 2023	BUDGET 2024	BUDGET 2025	ABWEICHUNG zum Vorjahr*		PROGNOSEJAHRE 2026	2027	2028	2029
0 Allgemeine Verwaltung	Aufwand	-991'278	-1'008'463	-1'080'680	-1'065'480	15'200	-1.4%	-1'082'531	-1'084'624	-1'074'897	-1'076'971
	Ertrag	218'513	174'077	168'570	170'500	1'930	1.1%	170'926	171'354	171'782	172'211
	Ergebnis	**-772'765**	**-834'386**	**-912'110**	**-894'980**	**17'130**	**-1.9%**	**-911'605**	**-913'270**	**-903'115**	**-904'760**
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	Aufwand	-511'986	-594'683	-631'204	-1'337'513	-706'309	111.9%	-1'329'491	-1'332'515	-1'331'343	-1'334'371
	Ertrag	230'774	218'865	128'390	564'620	436'230	339.8%	565'185	565'750	566'316	566'882
	Ergebnis	**-281'212**	**-375'818**	**-502'814**	**-772'893**	**-270'079**	**53.7%**	**-764'306**	**-766'765**	**-765'027**	**-767'489**
2 Bildung	Aufwand	-3'635'417	-4'594'373	-4'896'020	-5'406'361	-510'341	10.4%	-5'416'865	-5'427'664	-5'438'190	-5'449'044
	Ertrag	623'604	673'693	660'174	642'714	-17'460	-2.6%	644'321	645'932	647'546	649'165
	Ergebnis	**-3'011'813**	**-3'920'680**	**-4'235'846**	**-4'763'647**	**-527'801**	12.5%	**-4'772'544**	**-4'781'733**	**-4'790'644**	**-4'799'878**
3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche	Aufwand	-185'634	-170'527	-211'222	-205'902	5'320	-2.5%	-256'081	-256'337	-256'594	-256'850
	Ertrag	7'821	29'445	37'400	33'100	-4'300	-11.5%	33'133	33'166	33'199	33'233
	Ergebnis	**-177'813**	**-141'082**	**-173'822**	**-172'802**	**1'020**	-0.6%	**-222'948**	**-223'171**	**-223'394**	**-223'618**
4 Gesundheit	Aufwand	-1'165'164	-1'227'896	-1'449'210	-1'593'600	-144'390	10.0%	-1'601'568	-1'609'576	-1'617'624	-1'625'712
	Ertrag	106'368	110'804	125'900	109'200	-16'700	-13.3%	109'309	109'419	109'528	109'637
	Ergebnis	**-1'058'796**	**-1'117'092**	**-1'323'310**	**-1'484'400**	**-161'090**	**12.2%**	**-1'492'259**	**-1'500'157**	**-1'508'096**	**-1'516'074**
5 Soziale Sicherheit	Aufwand	-3'370'707	-2'506'581	-3'088'360	-2'734'645	353'715	-11.5%	-2'741'482	-2'748'335	-2'755'206	-2'762'094
	Ertrag	1'262'039	1'063'847	1'352'500	1'193'400	-159'100	-11.8%	1'196'384	1'199'374	1'202'373	1'205'379
	Ergebnis	**-2'108'668**	**-1'442'734**	**-1'735'860**	**-1'541'245**	**194'615**	**-11.2%**	**-1'545'098**	**-1'548'961**	**-1'552'833**	**-1'556'715**
6 Verkehr	Aufwand	-639'628	-675'967	-638'850	-598'550	40'300	-6.3%	-599'384	-625'830	-644'197	-662'232
	Ertrag	234'454	151'438	83'700	91'040	7'340	8.8%	91'131	91'222	91'313	91'405
	Ergebnis	**-405'175**	**-524'529**	**-555'150**	**-507'510**	**47'640**	**-8.6%**	**-508'253**	**-534'608**	**-552'883**	**-570'827**
7 Umweltschutz und Raumordnung	Aufwand	-943'551	-1'009'779	-1'173'610	-1'165'055	8'555	-0.7%	-1'167'332	-1'169'664	-1'172'001	-1'174'344
	Ertrag	832'335	912'481	1'037'510	1'021'485	-16'025	-1.5%	1'022'506	1'023'529	1'024'553	1'025'577
	Ergebnis	**-111'216**	**-97'298**	**-136'100**	**-143'570**	**-7'470**	**5.5%**	**-144'825**	**-146'135**	**-147'449**	**-148'767**
8 Volkswirtschaft	Aufwand	-61'885	-56'574	-59'005	-65'120	-6'115	10.4%	-65'153	-65'185	-65'218	-65'250
	Ertrag	30'352	11'908	11'005	16'560	5'555	50.5%	16'568	16'577	16'585	16'593
	Ergebnis	**-31'533**	**-44'665**	**-48'000**	**-48'560**	**-560**	**1.2%**	**-48'584**	**-48'609**	**-48'633**	**-48'657**
9 Finanzen und Steuern	Aufwand	-292'427	-234'598	-238'360	-256'670	-18'310	7.7%	-316'695.67	-366'727.34	-426'764.01	-486'806.69
	Ertrag	7'634'305	8'732'881	8'789'860	9'549'595	759'735	8.6%	8'910'880	8'931'364	8'952'249	8'971'133
	Ergebnis	**7'341'879**	**8'498'283**	**8'551'500**	**9'292'925**	**741'425**	**8.7%**	**8'594'184**	**8'564'637**	**8'525'485**	**8'484'327**
TOTAL	Aufwand	-11'797'677	-12'079'440	-13'466'521	-14'428'896	-962'375	7.1%	-14'576'583	-14'686'458	-14'782'033	-14'893'675
*Abweichung zum Vorjahr**								*-147'687*	*-109'876*	*-95'575*	*-111'642*
	Ertrag	11'180'565	12'079'440	12'395'009	13'392'214	997'205	8.0%	12'760'343	12'787'686	12'815'444	12'841'216
*Abweichung zum Vorjahr**								*-631'871*	*27'343*	*27'758*	*25'772*
	Ergebnis	**-617'112**	**-**	**-1'071'512**	**-1'036'682**	**34'830**	**-3.3%**	**-1'816'240**	**-1'898'772**	**-1'966'590**	**-2'052'459**

* für absolute Werte gilt:
- Verschlechterung
+ Verbesserung

Kurzkommentar:

➔ Wachsender Nettoaufwand in fast allen Aufgabenbereichen bei sinkendem Nettoertrag bei der Funktion «Finanzen und Steuern». Dies als Folge der hohen Zinslast und unter der Annahme, dass sich die Zahlungen aus dem Finanzausgleich ab dem Jahr 2025 auf das Niveau der vergangenen Jahre einpendelt.

Folge:

➔ Steigende Aufwandüberschüsse in der ganzen Planperiode.

Investitionen - <u>Allgemeiner (steuerfinanzierter) Haushalt</u>

Die Investitionsausgaben im steuerfinanzierten Bereich (exkl. Spezialfinanzierungen) vermindern sich im Jahr 2025 ggü. 2024. Auf die Erweiterung der Primarschule kann verzichtet werden, da sich eine andere Lösung abzeichnet. Im Jahr 2025 soll mindestens die Sanierung der Verwaltung inkl. Umbau der Räumlichkeiten der Versammlung vorgelegt werden. Die Sanierung der Dorfmattstrasse wurde erneut um ein Jahr verschoben.

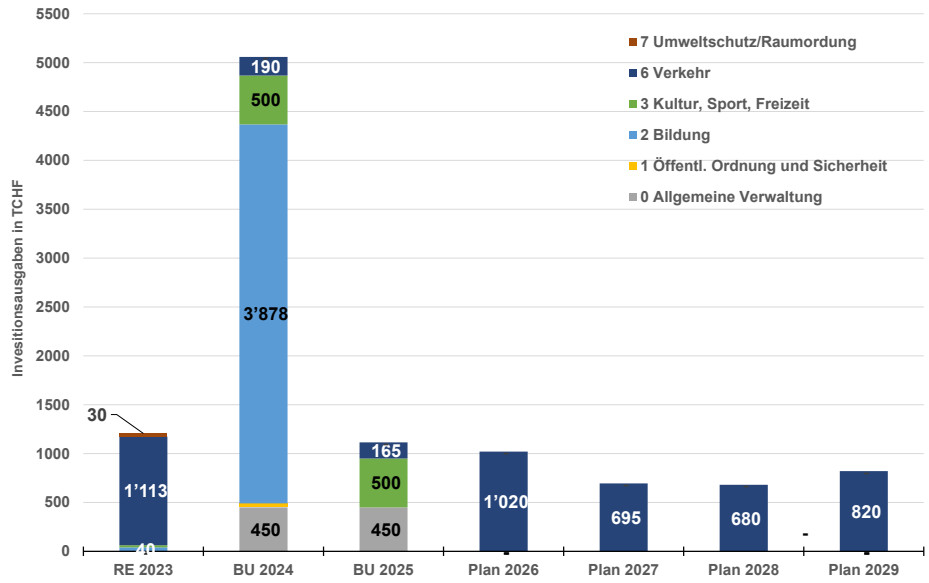
Der Ersatz des Kunstrasens ist im Jahr 2025 geplant, sofern die Versammlung der Ausgabe zustimmt. In den Planjahren sind weitere Strassensanierungen vorgesehen.

Beträge in 1'000

Konto	Investitionsprojekt	RECHNUNG	BUDGET	BUDGET	PROGNOSEJAHRE			
	Steuerfinanzierter Bereich	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Total Nettoinvestitionen pro Jahr		**1'121**	**5'058**	**1'115**	**1'020**	**695**	**680**	**820**
0	**ALLGEMEINE VERWALTUNG**	**0**	**450**	**450**	**0**	**0**	**0**	**0**
02	**Allgemeine Dienste**							
0290.5040.00	Sanierung Verwaltungsgebäude *		~~300~~	300				
0290.5040.01	Umbau Räumlichkeiten Verwaltung *		~~150~~	150				
1	**ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT**	**0**	**40**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**Allgemeines Rechtswesen**							
1400.5290.00	Amtliche Vermessung							
15	**Feuerwehr**							
1500.5060.00	Mannschaftstransporter (Anteil Oberdorf)		40					
2	**BILDUNG**	**40**	**3'878**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
21	**Obligatorische Schule**							
2170.5040.02	Primarschulhaus Sanierung Vereinszimmer	1						
2170.5040.04	Primarschulhaus Ersatz Lift	39						
2170.5040.05	Primarschule Projektierung Schulraumoptimierung***		150					
2170.5040.06	Primarschulhaus Ausführung Erweiterung **		~~3'700~~					
2170.5060.02	Neumattschulhaus Ersatz Zimmerlampen		28					
3	**KULTUR, SPORT, FREIZEIT, KIRCHE**	**21**	**500**	**500**	**0**	**0**	**0**	**0**
34	**Sport und Freizeit**							
3414.5660.02	FCO Ersatz Rasenmäher	21						
3414.5660.03	FCO Ersatz Kunstrasen *		~~500~~	500				
6	**VERKEHR (Netto)**	**1'029**	**190**	**165**	**1'020**	**695**	**680**	**820**
61	**Strassenverkehr**							
6150.5010.09	Projektierung Sanierung Winkel- + Sägeweg	9						
6150.5010.02	Sanierung Mühlehalde	249						
6150.5010.01	Sanierung Hintere Gasse							
6150.5010.16	Instandstellung Felderschliessungsstr. Wil/Gagsen	46						
6150.5010.10	Sanierung Milcherweg	82						
6150.5010.11	Sanierung Vogelackerweg	216						
6150.5010.12	Sanierung Brücke Fussweg Niederdorf-Oberdorf							
6150.5010.13	Umbau Ortskern (WB-Erneuerung)	149						
6150.5010.19	Entwässerung Grittweg	56						
6150.5010.17	Sanierung Winkel- + Sägeweg	283						
6150.5010.18	Projektierung Sanierung Dorfmattstrasse	24						
6150.5010.21	Heissteerung Fuchsfarm/Dielenbergweg		40					
6150.5010.22	Heissteerung Schlittelweg		30					
6150.5010.XX	Versieglung Weidentalweg (Microseal)			90				
6150.5010.XX	Oberflächenbehandlung OB Wilweg			75				
6150.5010.XX	Projektierung Sanierung Teichmattweg/Brücke				25			
6150.5010.XX	Sanierung Dorfmattstrasse				900			
6150.5010.XX	Versieglung Eptingerstrasse 1. Etappe (Microseal)				70			
6150.5010.XX	Oberflächenbehandlung OB Alte Landstrasse				25			
6150.5010.XX	Projektierung Sanierung Badweg					25		
6150.5010.XX	Sanierung Teichmattweg/Brücke					600		
6150.5010.XX	Versieglung Eptingerstrasse 2. Etappe (Microseal)					70		
6150.5010.XX	Projektierung Sanierung Strasse 2029						30	
6150.5010.XX	Sanierung Badweg						600	
6150.5010.XX	Oberflächenbehandlung OB Wold						50	
6150.5010.XX	Projektierung Sanierung Strasse 2030							30
6150.5010.XX	Sanierung Strasse 2029							700
6150.5010.XX	Versieglung Futtersteigweg (Microseal)							90
6150.5060.01	Ersatzfahrzeug für Aebi Werkhof		120					
61	**EINNAHMEN**	**84**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
6150.6300.00	Investitionsbeiträge vom Bund	24						
6150.6310.00	Investitionsbeiträge vom Kanton	10						
6150.6350.00	Investitionsbeiträge von privaten Unternehmungen	50						
7	**UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG**	**30**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
79	**Raumordnung**							
7900.5290.00	Überarbeitung ZR Siedlung und TZR Ortskern	30						

* Wird im Jahr 2024 nicht ausgeführt. Ins Jahr 2025 verschoben.
** Wird nicht ausgeführt.
*** Von EGV am 26. Februar 2024 bewilligt.

Verteilung Investitionen Allgemeiner (steuerfinanzierter) Haushalt nach Aufgabenbereich



Investitionen sind im Jahr 2025 bei der Allg. Verwaltung, dem Sport und dem Verkehr geplant.

In den nachfolgenden Planjahren stabilisieren sich die Investitionen auf einem «normalen» Niveau.

Investitionen Spezialfinanzierung Wasserversorgung

Die Investitionsplanung sieht vor, dass gleichzeitig mit der Sanierung eines Strassenzuges auch der Leitungsersatz vorgenommen wird.
Die neue Wasseraufbereitung z'Hof wurde in das Jahr 2025 verschoben. In den Folgejahren reduziert sich das Investitionsvolumen markant.

Beträge in 1'000

Konto	Investitionsprojekt Wasserversorgung	RECHNUNG 2023	BUDGET 2024	BUDGET 2025	PROGNOSEJAHRE 2026	2027	2028	2029
Total Nettoinvestitionen pro Jahr		**374**	**1'815**	**1'815**	**240**	**130**	**210**	**145**
7101.5	**AUSGABEN**	**470**	**1'890**	**1'890**	**315**	**205**	**285**	**220**
7101.5030.01	Ersatz Wasserleitung Hintere Gasse							
7101.5030.10	Anpassung Wasserleitung entlang WB-Gleis	3						
7101.5030.13	Ersatz Wasserleitung Milcherweg	56						
7101.5030.14	Ersatz Wasserleitung Vogelackerweg	104						
7101.5030.15	Ersatz Wasserleitung Eptingerstrasse 1. Etappe	2						
7101.5030.18	Ersatz Wasserleitung Winkel- + Sägeweg	122						
7101.5030.19	Sanierung Mühlehalde	2						
7101.5030.17	Projekt Ersatz WL Dorfmattstrasse	14						
7101.5030.16	Ersatz Wasserleitung Eptingerstrasse 2. Etappe	88						
7101.5030.20	Ersatz Wasserleitung Eptingerstrasse 3. Etappe		90					
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Eptingerstrasse 4. Etappe			90				
7101.5030.XX	Projektierung Ersatz WL Teichmattweg				15			
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Dorfmattstrasse				210			
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Futtersteigweg 1. Etappe				90			
7101.5030.XX	Projektierung Ersatz WL Badweg					15		
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Teichmattweg					100		
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Futtersteigweg 2. Etappe					90		
7101.5030.XX	Projektierung Ersatz WL 2029						15	
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Badweg						180	
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung Futtersteigweg 3. Etappe						90	
7101.5030.XX	Projektierung Ersatz WL 2030							20
7101.5030.XX	Ersatz Wasserleitung 2029							200
7101.5040.00	Projektierung neue Wasseraufbereitung z'Hof	79						
7101.5040.02	Ausführung neue Wasseraufbereitung z'Hof *		~~1'800~~	1'800				
7101.6	**EINNAHMEN**	**95**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**
7101.6310.00	Investitionsbeiträge vom Kanton	36						
7101.6370.00	Investitionsbeiträge private Haushalte	0						
7101.6371.00	Anschlussbeiträge	60	75	75	75	75	75	75

* Wird im Jahr 2024 nicht ausgeführt. Ins Jahr 2025 verschoben.

Investitionen Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

Die Investitionsplanung sieht vor, dass gleichzeitig mit der Sanierung eines Strassenzuges auch der Leitungsersatz vorgenommen wird.

Da das Abwassernetz in einem grundsätzlich guten Zustand ist, sind im Jahr 2025 wiederum keine Investitionen geplant. Im Budgetjahr 2025 übersteigen die Investitionseinnahmen die Ausgaben. In den Planjahren 2026 bis 2029 wird moderat investiert.

Beträge in 1'000

Konto	Investitionsprojekt Abwasserbeseitigung	RECHNUNG 2023	BUDGET 2024	BUDGET 2025	PROGNOSEJAHRE 2026	2027	2028	2029
Total Nettoinvestitionen pro Jahr		**131**	**-75**	**-75**	**60**	**40**	**90**	**40**
7201.5	**AUSGABEN**	**191**	**0**	**0**	**135**	**115**	**165**	**115**
7201.5030.01	Ersatz Abwasserleitung Hintere Gasse							
7201.5030.08	Ersatz Abwasserleitung Vogelackerweg	107						
7201.5030.09	Ersatz Abwasserleitung Milcherweg	47						
7201.5030.11	Projektierung Ersatz ABWL Dorfmattstrasse	7						
7201.5030.12	Anpassung ABWL entlang WB	6						
7201.5030.10	Ersatz Abwasserleitung Winkelweg/Sägeweg	24						
7201.5030.XX	Projektierung Ersatz ABWL Teichmattweg				15			
7201.5030.XX	Ersatz Abwasserleitung Dorfmattstrasse				120			
7201.5030.XX	Projektierung Ersatz ABWL Badweg					15		
7201.5030.XX	Ersatz Abwasserleitung Teichmattweg					100		
7201.5030.XX	Projektierung Ersatz ABWL 2029						15	
7201.5030.XX	Ersatz Abwasserleitung Badweg						100	
7201.5030.XX	Kanal-TV gesamtes öffentliches Leitungsnetz						50	
7201.5030.XX	Projektierung Ersatz ABWL 2030							15
7201.5030.XX	Ersatz Abwasserleitung 2029							100
7201.6	**EINNAHMEN**	**60**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**
7201.6371.00	Anschlussbeiträge	60	75	75	75	75	75	75

Investitionen Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

Es sind keine Investitionen geplant.

Zusammenzug aller Investitionen der Einwohnergemeinde (Gesamthaushalt)

Beträge in 1'000

	Gesamtinvestitionen*	RECHNUNG 2023	BUDGET 2024	BUDGET 2025	PROGNOSEJAHRE 2026	2027	2028	2029
Ausgaben	0 Allgemeine Verwaltung	0.0	450.0	450.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0.0	40.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	2 Bildung	40.4	3'878.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche	21.4	500.0	500.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	6 Verkehr	1'113.0	190.0	165.0	1'020.0	695.0	680.0	820.0
	7 Umweltschutz und Raumordnung	30.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	> SF Wasserversorgung	469.6	1'890.0	1'890.0	315.0	205.0	285.0	220.0
	> SF Abwasserbeseitigung	190.6	0.0	0.0	135.0	115.0	165.0	115.0
	> SF Abfallbeseitigung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	Investitionsausgaben	**1'865.4**	**6'948.0**	**3'005.0**	**1'470.0**	**1'015.0**	**1'130.0**	**1'155.0**
Einnahmen	0 Allgemeine Verwaltung							
	6 Verkehr	83.8						
	7 Umweltschutz und Raumordnung							
	> SF Wasserversorgung	95.3	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0
	> SF Abwasserbeseitigung	59.7	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0
	> SF Abfallbeseitigung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	Investitionseinnahmen	**238.8**	**150.0**	**150.0**	**150.0**	**150.0**	**150.0**	**150.0**
	NETTOINVESTITIONEN	**1'626.6**	**6'798.0**	**2'855.0**	**1'320.0**	**865.0**	**980.0**	**1'005.0**

SF = Spezialfinanzierung

* Werte gerundet

ANTRAG

Der Gemeinderat beantragt der Einwohnergemeindeversammlung, den Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie der Spezialfinanzierungen für die Jahre 2025 – 2029 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen.

3. Genehmigung Budget 2025

Hinweis: Die detaillierten Ausführungen finden Sie im Budget 2025

Allgemeine Bemerkungen

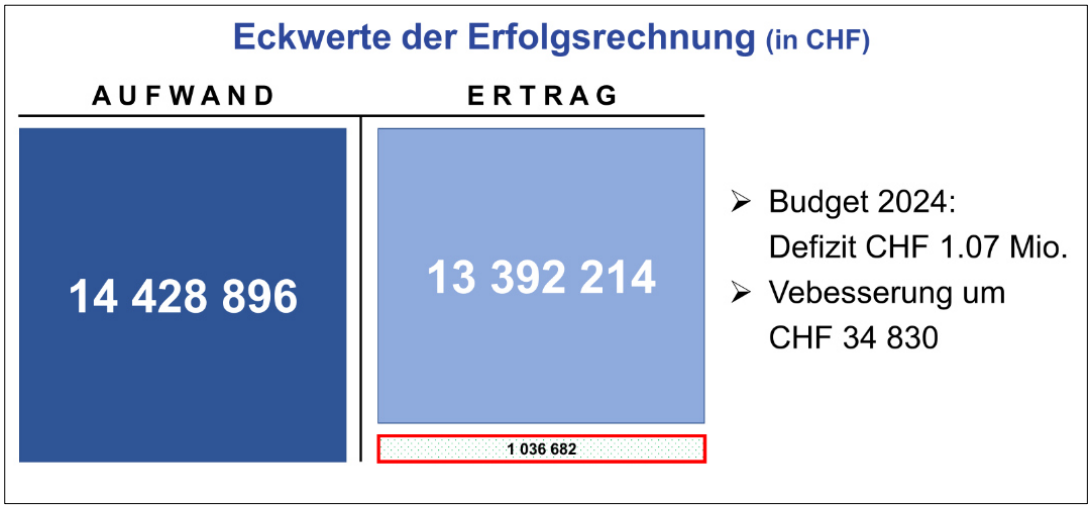
Die Budgeterstellung ist und bleibt schwierig und sehr anspruchsvoll. Höhere Preise und die unsichere geopolitische Lage belasten das Budget. Damit die Mitarbeitenden keinen allzu grossen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen, hat der Gemeinderat bei den Löhnen eine Teuerung von 1.5% (der Gemeinderat geht davon aus, dass der Landrat im Dezember 2024 den Teuerungsausgleich für das Kantonspersonal in dieser Grössenordnung mit dem Kantonsbudget 2025 beschliessen wird) und bei den Konsumausgaben eine Preissteigerung von ebenfalls 1.5% in das Budget 2025 eingerechnet. Bekanntlich sind dem Gemeinderat, wegen des hohen Anteils der gebundenen, nicht beeinflussbaren, Ausgaben die Hände gebunden. Es ist eine Tatsache, dass nur Ausgaben von ungefähr 13% (+/-) beeinflussbar sind. Die restlichen 87% (+/-) der Ausgaben sind gebunden und wenig beeinflussbar, da gesetzlich oder reglementarisch, bspw. durch Gemeindeversammlungsbeschlüsse, vorgegeben.

Mit dem Budget soll der (Finanz)Mittelbedarf abgeschätzt werden, was mit Blick auf die (Finanz)Mittelbeschaffung essenziell ist. Das oberste Ziel ist ein ausgeglichener Finanzhaushalt, was unter den gegenwärtigen Vorzeichen schwierig wird zu erreichen. Der Budgetgenauigkeit abträglich ist der sehr frühe Budgetierungszeitpunkt im Juli/August des dem Budgetjahr vorausgehenden Kalenderjahres. Auf der Ausgabenseite ist in den Bereichen Kinder- und Erwachsenenschutz, Bildung, Gesundheit (Alterspflege) und Soziale Sicherheit die Entwicklung sehr schwer abschätzbar. Einnahmenseitig gilt das für die Entwicklung der Steuereinnahmen und des Ressourcenausgleichs. Es sind die vielen Unwägbarkeiten, die die Budgeterstellung so herausfordernd machen.

Das Wichtigste in Kürze

- **Budget Erfolgsrechnung**

Das Budget 2025 rechnet mit einem Gesamtaufwand von CHF 14 428 896 und einem Gesamtertrag von CHF 13 392 214. Daraus resultiert ein Aufwandüberschuss oder Defizit von CHF 1 036 682.



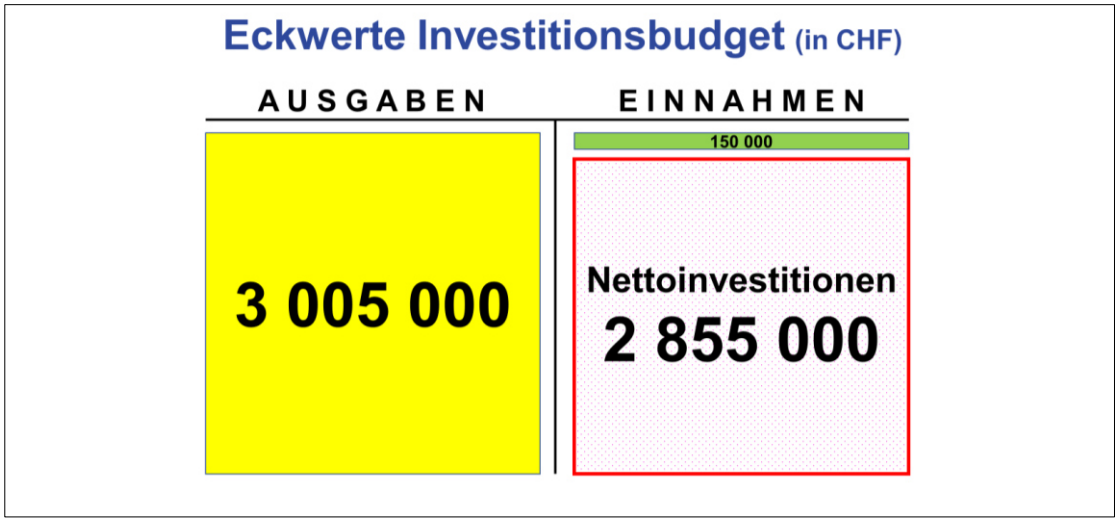
▶ Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung budgetieren Aufwandüberschüsse, welche dem Eigenkapital der Spezialfinanzierungen belastet werden.

Spezialfinanzierung	Erfolg (Aufwand-/Ertragsüberschuss) in CHF **Budget 2024**	Erfolg (Aufwand-/Ertragsüberschuss) in CHF **Budget 2025**
Wasserversorgung	–36 620	–54 775
Abwasserbeseitigung	–254 300	–229 115
Abfallbeseitigung	–14 250	–14 875

▶ Investitionsbudget

Das Budget 2025 sieht Investitionsausgaben von CHF 3 005 000 und Investitionseinnahmen von CHF 150 000 vor. Daraus resultieren Nettoinvestitionen von CHF 2 855 000. Investiert wird in die Allgemeine Verwaltung, den Sport, den Verkehr und die Spezialfinanzierung Wasserversorgung.



Wichtigste Veränderung zum Budget 2024

Nachweis der wichtigsten Haushaltsveränderungen von netto CHF 34 830 gegenüber dem Budget 2024.

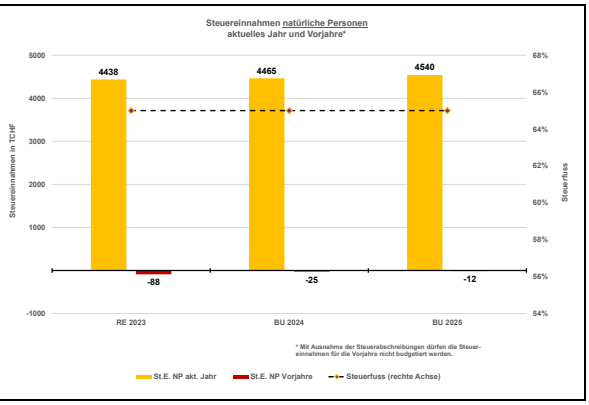
30 Personalaufwand	+495 270	33 Abschreibungen VV	-33 384
31 Sach-/Betriebsaufwand	+514 100	36 Transferaufwand	-77 136
34 Finanzaufwand	+51 100	40 Fiskalertrag	+30 000
42 Entgelte	-5 165	41 Regalien u. Konzessionen	+5 450
45 Entnahmen aus Fonds/SF	-9 205	44 Finanzertrag	+7 900
		46 Transferertrag	+955 800
Total Verschlechterungen	1 074 840	Total Verbesserungen	1 109 670

Steuereinnahmen – natürliche Personen

Bei einem unveränderten Steuerfuss von 65 % rechnet der Gemeinderat ggü. dem Budget 2024 mit höheren Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Die gesamten Steuereinnahmen des **aktuellen** Jahres der natürlichen Personen sollen ggü. dem Budget 2024 um CHF 75 000 höher ausfallen. Diese stammen zur Hauptsache von Mehreinnahmen aus der Einkommenssteuer. Diesen Mehreinnahmen stehen Mindereinnahmen von CHF 90 000 bei der Vermögenssteuer zum Budget 2024 gegenüber.

	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
Steuern **aktuelles Jahr** NP	4'438'243.90	4'465'000	4'540'000	75'000
davon				
Einkommenssteuern	3'796'877.20	3'845'000	3'950'000	105'000
Sondersteuern	116'989.40	70'000	80'000	10'000
Vermögenssteuern	370'458.55	450'000	360'000	-90'000
Quellensteuern	153'918.75	100'000	150'000	50'000
Steuern **Vorjahre** NP*	-87'850.50	-25'000	-12'000	13'000
Total	**4'350'393.40**	**4'440'000**	**4'528'000**	88'000
Steuerfuss	65%	65%	65%	

* Tatsächliche Forderungsverluste und Eingang abgeschriebene Steuern NP aus den Vorjahren. Gemäss der Gemeinderechnungsverordnung dürfen mit Ausnahme der Steuerabschreibungen die Steuern Vorjahre nicht budgetiert werden. Diese sind mit dem Jahresabschluss abzugrenzen (Steuerabgrenzungsprinzip).

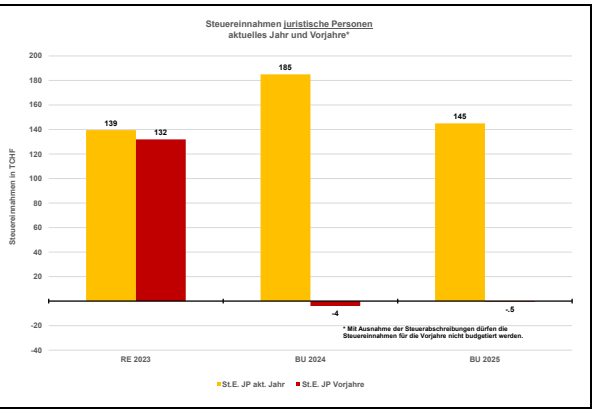


Steuereinnahmen – juristische Personen

Der Gemeinderat budgetiert im Bereich der Ertragssteuern im Rahmen der Rechnung 2023. Die wirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor unsicher. Der Kanton geht in seinen Prognosen von einem stärkeren Wachstum bei den Ertrags- und Kapitalsteuern im Vergleich zum Budget 2024 aus. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass das nicht unbedingt für Oberdorf gilt.

	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
Steuern **aktuelles Jahr** JP	139'497.20	185'000	145'000	-40'000
davon				
Ertragssteuern	106'340.90	150'000	110'000	-40'000
Kapitalsteuern	33'156.30	35'000	35'000	-
Steuern **Vorjahre** JP*	131'912.45	-4'000	-500	3'500
Total	**271'409.65**	**181'000**	**144'500**	-36'500
Ertragssteuer (Steuerfuss)[1]	55%	55%	55%	
Kapitalsteuer (Steuerfuss)[1]	55%	55%	55%	

* Tatsächliche Forderungsverluste und Eingang abgeschriebene Steuern NP aus den Vorjahren. Gemäss der Gemeinderechnungsverordnung dürfen mit Ausnahme der Steuerabschreibungen die Steuern Vorjahre nicht budgetiert werden. Diese sind mit dem Jahresabschluss abzugrenzen (Steuerabgrenzungsprinzip).
[1] Im Rahmen der Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV17), erfolgt ab dem Jahr 2023 die Umstellung auf den Gemeindesteuerfuss. Die Ertrags- und Kapitalsteuer wird von der Staatssteuer berechnet.



Zusammenfassung der Steuereinnahmen

	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
Natürliche Personen	4'350'393.40	4'440'000	4'528'000	88'000
Juristische Personen	271'409.65	181'000	144'500	-36'500
Total pro Jahr	**4'621'803.05**	**4'621'000**	**4'672'500**	51'500

Mehreinnahmen im Vergleich zum Budget 2024 von CHF 88 000 bei den **natürlichen Personen** und Mindereinnahmen von CHF 36 500 bei den **juristischen Personen**.
Das Budget rechnet mit gesamten Steuereinnahmen von CHF 4.67 Mio. Das sind CHF 51 500 mehr als im Budget 2024.

Aufgabenbereiche

▶ Bildung

Im Vergleich zum Budget 2024 wird mit höheren Ausgaben von CHF 527 801 gerechnet.

Vor allem die höheren Personalausgaben auf Kindergarten- und Primarschulstufe (Stufenanstieg, Teuerung, keine pensenreduzierten Kindergartenklassen, zusätzliche Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen, Erhöhung des Förderpools für ISF und DaZ) belasten das Budget.

Bei der **Primarschule** geht das Budget 2025 im Vergleich zum Budget 2024 von Mehraufwendungen von CHF 379 805 aus.
Nebst den höheren Personalausgaben (s. oben) schlagen Mehrausgaben für die Möblierung eines Zimmers, Modernisierung der IT-Infrastruktur, die Anschaffung im Leasing von iPads und die Logopädie zu Buche.

Ebenso belasten höhere Ausgaben (Personal, Apparate) bei den Schulliegenschaften und bei der Schulleitung das Budget.

Kennzahlen

in Franken (Nettoaufwand)	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
2 Bildung	3'920'680	4'235'846	4'763'647	527'801
21 Obligatorische Schule	3'920'680	4'235'846	4'763'647	527'801
211 Kindergarten	556'316	634'950	707'560	72'610
212 Primarschule	2'426'711	2'551'140	2'930'945	379'805
214 Musikschule	177'622	197'200	182'300	-14'900
217 Schulliegenschaften	402'778	487'556	504'172	16'616
218 Schulergänzende Tagesbetreuung	31'848	33'400	37'200	3'800
219 Übrige obligatorische Schule	325'404	331'600	401'470	69'870
*Anzahl Schülerinnen/Schüler**	*243*	*242*	*249*	*7*
davon				
Kindergarten	49	49	62	*13*
Primarschule	194	193	187	*-6*
davon aus Liedertswil		*13*	*11*	*-2*
Anzahl Klassen	*15*	*15*	*15*	*0*
davon				
Kindergarten	4	4	4	*0*
Primarschule inkl. Einkführungsklasse	11	11	11	*0*

* Basis: Start des Schuljahres, welches dem Budetjahr vorausgeht (z.B. BU 2025 = Mitte August 2024)

Die Anzahl Schüler*innen (SuS) sind immer eine Momentaufnahme mit Stichtag Beginn Schuljahr, welches dem Budgetjahr vorausgeht. Auch kann nicht von der Anzahl SuS auf die Klassen und umgekehrt geschlossen werden. In Oberdorf gibt es primarschulpflichtige Jahrgänge mit 25 bis 30 Kindern wie auch solche mit 35 bis 40 Kindern. In beiden Fällen sind gemäss § 11 Abs. 1 lit. a und b Bildungsgesetz (SGS 640)[1] zwingend zwei Klassen zu bilden. Manchmal kann dies mit Halbklassen aufgefangen werden. **Ist das nicht möglich, ergibt dies, obwohl in der Summe sogar weniger SuS, trotzdem eine Klasse mehr.**

[1] Kindergarten: Richtzahl 21, Höchstzahl 24; Primarschule: Richtzahl 22, Höchstzahl 24

▶ Gesundheit

Es wird erwartet, dass die Funktion netto gegenüber dem Budget 2024 um CHF 161 090 schlechter abschliesst.

Die Budgetierung des Bereichs Pflegeheime ist mit Unsicherheiten behaftet. Denn zum Zeitpunkt der Budgetierung ist völlig unbekannt, wie viele Einwohner*innen der Gemeinde in den Pflegeheimen des Kantons in welcher Pflegestufe im Jahr 2025 gepflegt werden.
Aufgrund der demographischen Entwicklung rechnet die Gemeinde damit, dass ca. 2 Personen mehr in einem Pflegeheim gepflegt werden müssen. Trotz gleichbleibenden Tarifen hat dies somit eine Kostensteigerung zur Folge.
Wir verweisen auf die Erläuterungen zum Konto 4120.3614.00.

Im Bereich der ambulanten Krankenpflege hat die Gemeinde für die Spitex Waldenburgertal einen Gemeindebeitrag von CHF 115/EW (BU 2024: CHF 110/EW) budgetiert. Wir verweisen auf die Erläuterungen zum Konto 4210.3636.00.

Kennzahlen

in Franken (Nettoaufwand)	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
4 Gesundheit	1'117'092	1'323'310	1'484'400	161'090
412 Plegeheime	767'146	950'000	1'100'000	150'000
421 Ambulante Krankenpflege	310'840	313'900	320'700	6'800
433 Schulgesundheitsdienst	19'914	24'400	31'900	7'500
434 Lebensmittelkontrolle	200	200	200	-
490 Übriges Gesundheitswesen	15'164	14'810	15'600	790

▶ Soziale Sicherheit

Das Budget 2025 geht davon aus, dass die Funktion ggü. dem Budget 2024 mit einem um **CHF 194 615 besseren Nettoergebnis** abschliesst. Vor allem Netto-Minderausgaben bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und netto Mehreinnahmen im Asylwesen tragen dazu bei.

	in Franken (Nettoaufwand)	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
	Soziale Sicherheit	**1'442'734**	**1'735'860**	**1'541'245**	-194'615
1	AHV Mindestbeiträge [5310]	10'671	20'000	12'000	-8'000
2	EL zur AHV (IV) [5320] (abzgl. Kompensation EL v. Kanton)	109'352	120'000	65'245	-54'755
3	Leistungen an das Alter [5350] (EL-Zusatzbeiträge)	33'808	85'000	93'300	8'300
4	Leistungen an Familien [5450+5451] (Tagesfamilien und Spielgruppe)	33'346	39'530	35'950	-3'580
5	Sozialhilfe [5720] (Unterstützungsleistungen)	799'103	880'000	923'000	43'000
6	Sozialhilfe Asylbereich [5722]	86'458	105'000	105'000	-
7	Asylwesen [5730]	-19'379	65'000	-121'900	-186'900
8	Übriges Sozialwesen [5790] (Sozialdienst der EG Oberdorf)	252'701	281'330	272'350	-8'980
	Total (Ziffern 1 - 8)	**1'306'061**	**1'595'860**	**1'384'945**	-210'915

Nettoaufwand Sozialhilfe/EW in CHF

	RE 2023	BU 2024	BU 2025	BU 25 - BU 24
Sozialhilfe (5720)	799'103	880'000	923'000	43'000
Sozialhilfe Asylbereich (5722)	86'458	105'000	105'000	-
Total	885'561	985'000	1'028'000	43'000
Mittlere Wohnbevölkerung	2'518	2'510	2'600	
Nettoaufwand Sozialhilfe/EW in CHF	352	392	395	3
Anzahl Dossiers[1] per 31.12.	44			

[1] Ein Fall kann mehrere Personen umfassen

Der **Nettoaufwand pro Einwohner** für die Sozialhilfe beläuft sich für das Budget 2025 auf **CHF 395** (BU 2024: CHF 392). Für die Berechnung sind die Nettoaufwendungen der Sozialhilfe (5720) und der Sozialhilfe Asylbereich (5722) von Relevanz. Gegenüber dem Budget 2024 ist das eine Verschlechterung um CHF 3/Einwohner.

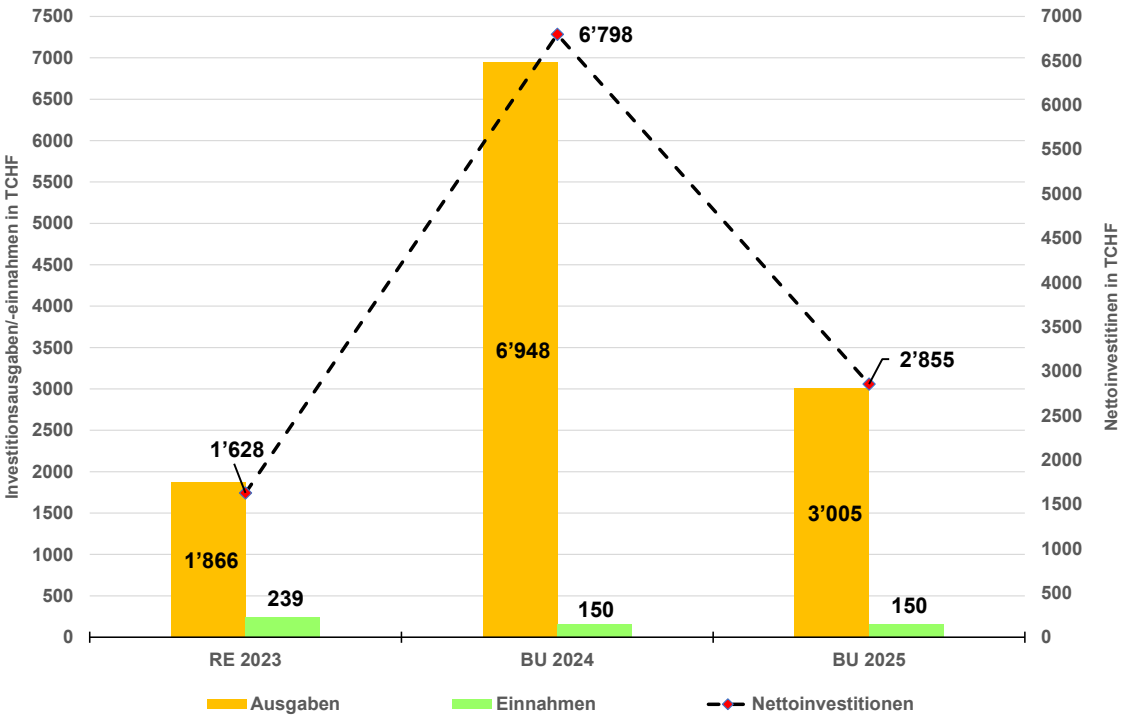
Investitionsbudget

Gegenüber dem bewilligten Budget 2024 sind zusätzlich CHF 150'000 für das Projekt Erweiterung Primarschule enthalten. Das Projekt wurde von der EGV am 26. Februar 2024 genehmigt.

Die Diagramme zeigen eine abnehmende Investitionstätigkeit im Jahr 2025 ggü. dem Budget 2024 sowohl im gesamten Haushalt (inkl. der Spezialfinanzierungen) als auch im Allgemeinen (steuerfinanzierten) Haushalt. Grund sind der Verzicht auf die Schulraumerweiterung und die erneute Verschiebung der Sanierung der Dorfmattstrasse.

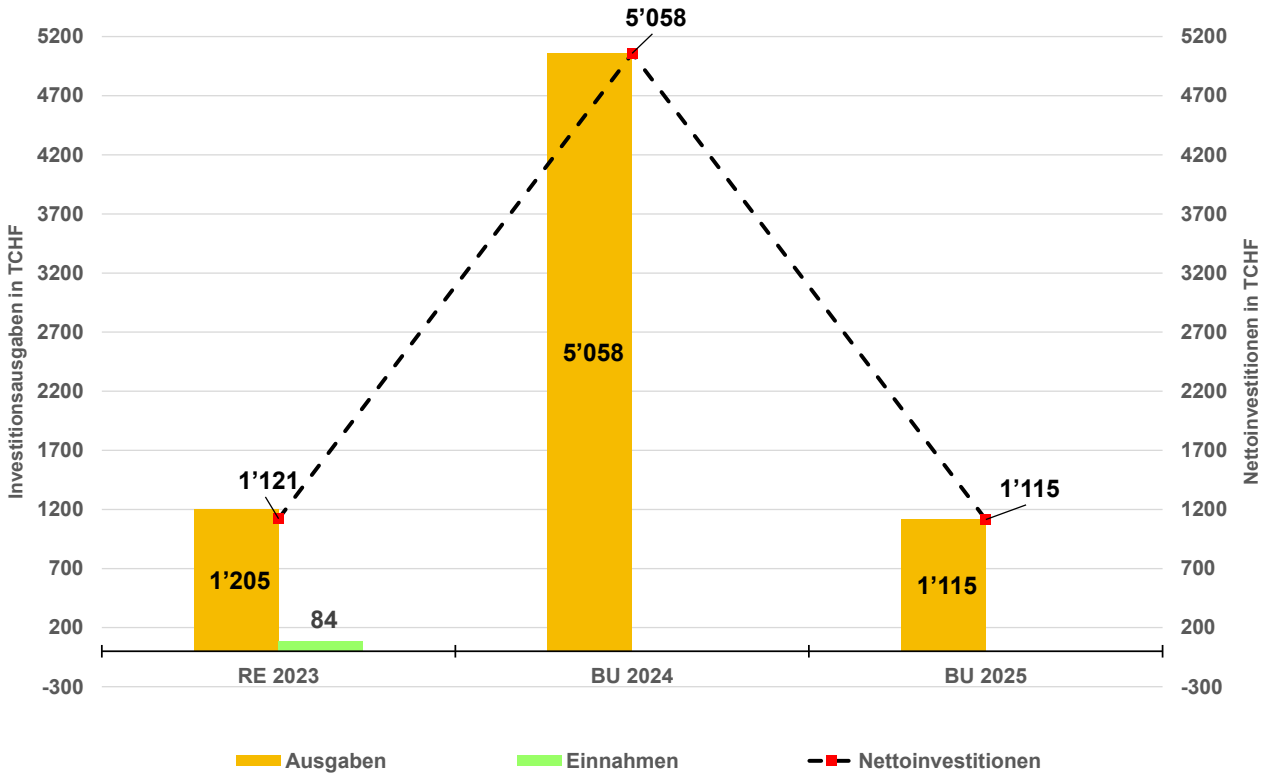
Gesamthaushalt

(Allgemeiner Haushalt inkl. der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung)

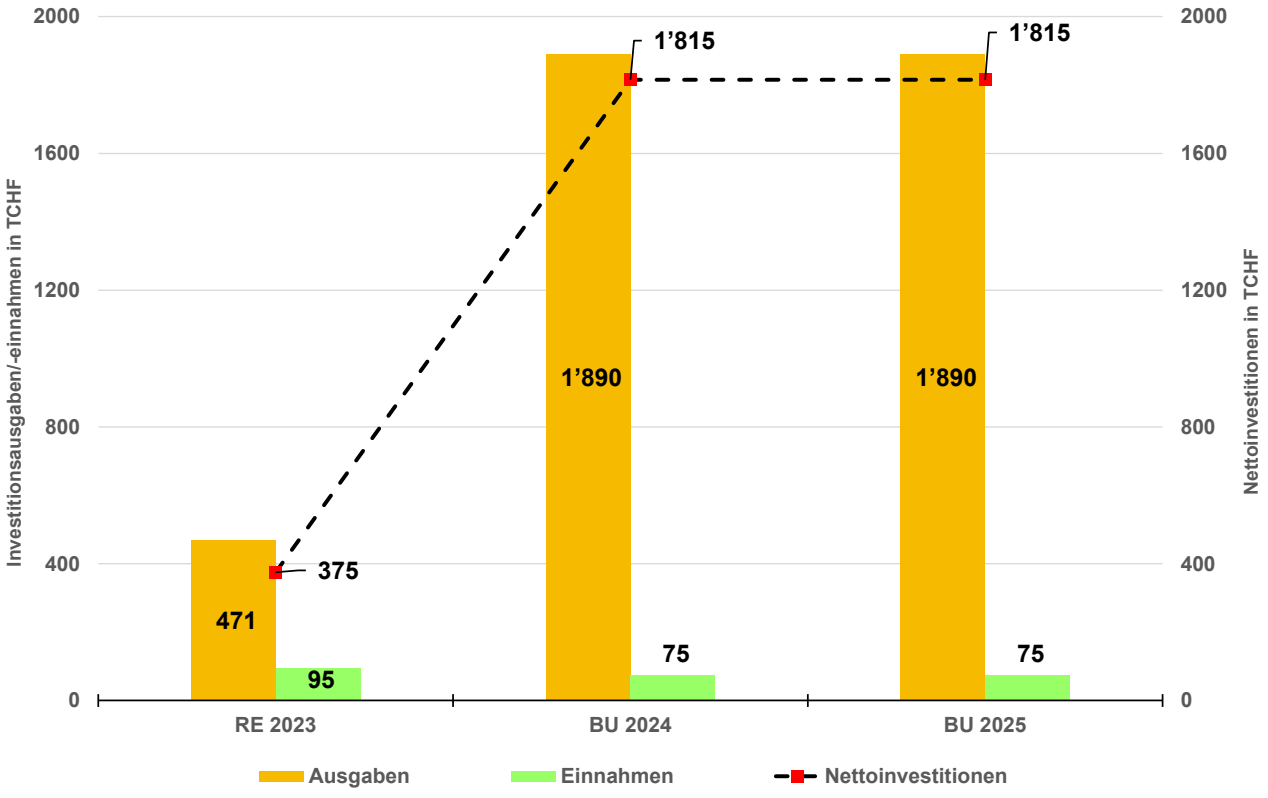


Allgemeiner (steuerfinanzierter) Haushalt

(ohne Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung)

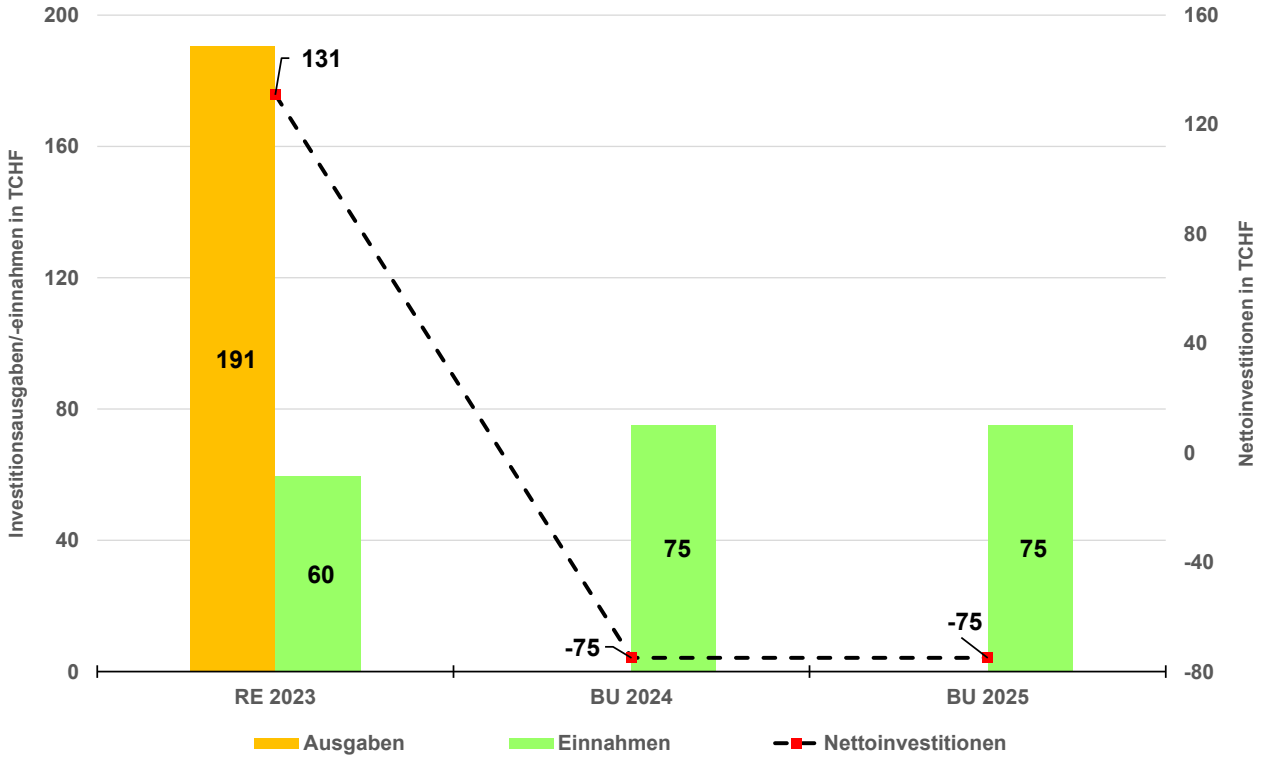


Spezialfinanzierung Wasserversorgung



Die Investition in die Wasseraufbereitung z’Hof wurde in das Jahr 2025 verschoben.

Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

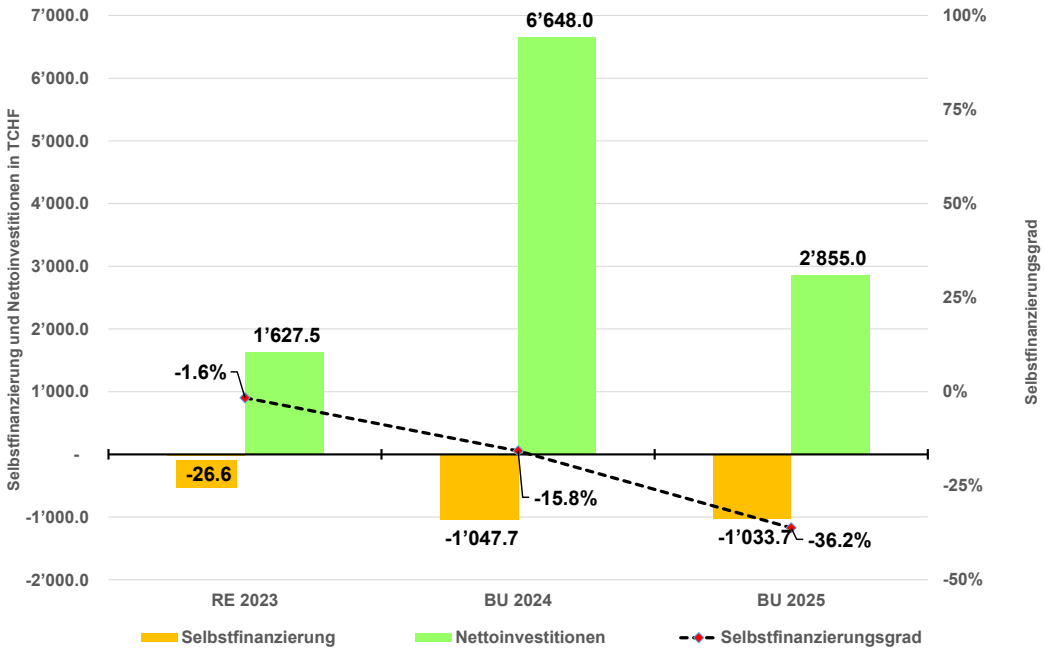


Die Abwasserleitungen sind in einem guten Zustand. Es besteht kein akuter Investitionsbedarf. Deshalb sind auch für das Jahr 2025 keine Investitionen geplant. Die Einnahmen übersteigen somit die Ausgaben.

Selbstfinanzierungsgrad und Finanzierungssaldo

Eine wichtige Kennzahl ist der **Selbstfinanzierungsgrad (SFG)**. Er zeigt den Quotienten aus der Selbstfinanzierung (CHF –1.03 Mio.) und den Nettoinvestitionen (CHF 2.85 Mio.) in Prozent. Mit der Kennzahl wird das Ausmass ausgedrückt, ob die Gemeinde die Netto-/Neuinvestitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann. Ein SFG von 100% bedeutet, dass die Nettoinvestitionen vollständig durch eigene Mittel finanziert werden können. Der SFG unterliegt i.d.R. hohen Schwankungen, weshalb eine Interpretation nur im mehrjährigen Vergleich Sinn ergibt.

Für das Budget 2025 beträgt der SFG für den *gesamten Haushalt* – inklusive der Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall – minus 36.2 %. Im Vergleich zum Budget 2024 (–15.8 %) ist das eine Verschlechterung um 20.4 Prozentpunkte.

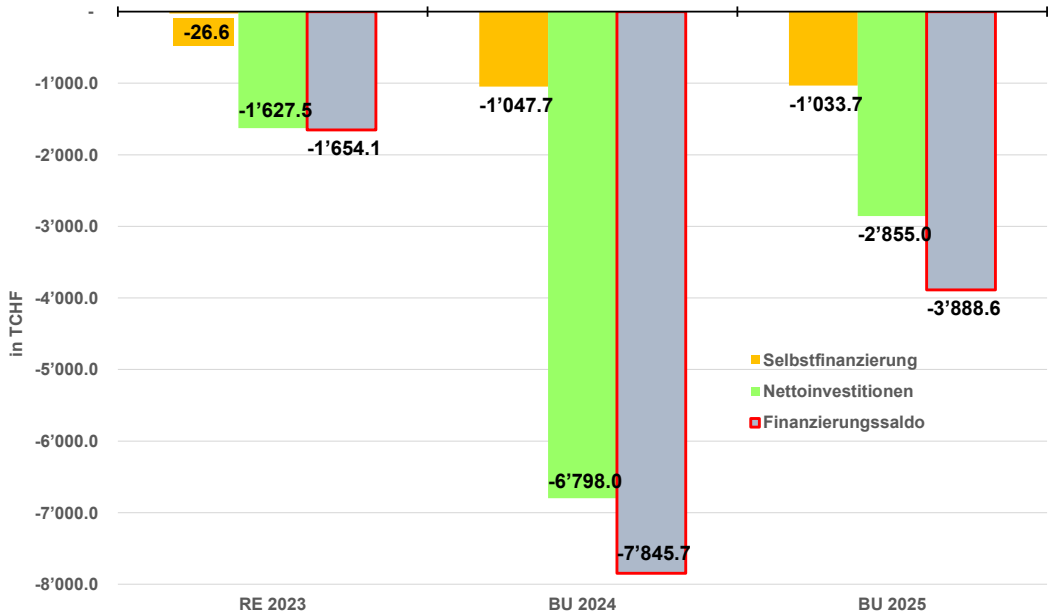


Neben der Selbstfinanzierung ist der **Finanzierungssaldo** ein wichtiger Indikator in Bezug auf die Finanzierung der Gemeinde. Der Finanzierungssaldo ist das Ergebnis aus der

	Selbstfinanzierung	CHF	-1 033 622
./.	Nettoinvestitionen	CHF	2 855 000
	Finanzierungssaldo	**CHF**	**-3 888 622**

Der Finanzierungssaldo verbessert sich mit dem Budget 2025 um CHF 3 807 030.

Es muss damit gerechnet werden, dass die Gemeinde zur Finanzierung der Investitionen ein Darlehen von mindestens ca. CHF 2.5 Mio. aufnehmen muss.



ANTRAG

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2025 in der vorliegenden Form unter Festlegung der Ansätze für die Gemeindesteuer wie folgt zu genehmigen:

Steuern

Gemeindesteuer von natürlichen Personen	65.00	% der Staatssteuer
Gemeindesteuer von juristischen Personen (Ertrags- und Kapitalsteuern)	55.00	% der Staatssteuer

Interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bitten wir, zur Vorbereitung auf die Gemeindeversammlung das detaillierte Budget 2025 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2029 auf der Gemeindeverwaltung zu beziehen oder von unserer Homepage herunterzuladen.

https://www.oberdorf.bl.ch/politik/gemeindeversammlung

Gemeinde Oberdorf BL

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

An die
Einwohnergemeindeversammlung der Gemeinde Oberdorf BL
vom 5. Dezember 2024

Bericht und Antrag zum Budget 2025 der Einwohnergemeinde Oberdorf BL

1. Auftrag

Der Gemeinderat erstellt das Budget für das kommende Rechnungsjahr (§158 Gemeindegesetz) sowie den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) (§ 157 c Gemeindegesetz). Das Budget ist der Gemeindeversammlung vor Jahresende vorzulegen und zusammen mit dem Gemeindesteuerfuss für das kommende Rechnungsjahr zu beschliessen (§ 158 Gemeindegesetz). Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ist der Versammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen (§ 157c Gemeindegesetz).

Die Rechnungsprüfungskommission begutachtet das Budget insbesondere die Einhaltung der Gesetzes- und Verordnungsvorschriften, und nimmt eine finanzpolitische Würdigung des Budgets sowie des AFP hinsichtlich der Tragbarkeit und der Erreichung eines auf die Dauer ausgeglichenen Finanzhaushalts vor (§ 55 Gemeinderechnungsverordnung).

2. Durchführung

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hat das Budget an ihren Sitzungen mittels Vergleiche mit der Rechnung 2023 und dem Budget 2024, Fragen bzw. den darauf erhaltenen Antworten des Gemeinderats und der Verwaltung begutachtet. Am 18.10.2023 wurde eine Prüfung einer definierten Auswahl von Budget-Unterlagen zur Plausibilisierung der wichtigsten Zahlen durchgeführt.
Die Begutachtung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehlaussagen im Budget mit angemessener Sicherheit erkannt wurden, und eine ausreichende Grundlage für ein Urteil vorhanden ist.

Am 30.10.2024 wurde das Budget 2025 und der AFP 2025-29 mit dem zuständigen Gemeinderat Michael Wild, der Gemeindeverwalterin Rikita Senn, und der Mitarbeiterin Finanzen Carmen Helfenfinger, besprochen. An dieser Stelle möchten wir uns für das aufschlussreiche Gespräch bedanken.

3. Prüfungsgebiete

Die Prüfungsgebiete umfassen:

- Budget der Erfolgsrechnung
- Spezialfinanzierungen
- Budget der Investitionsrechnung
- Aufgaben- und Finanzplan (AFP)

Der AFP wurde lediglich summarisch begutachtet, da dieser der Einwohnergemeindeversammlung nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

4. Ergebnisse

Der Gemeinderat unterbreitet Ihnen ein Budget mit den folgenden Eckwerten:
Aufwand: CHF 14‘428‘896; Ertrag: CHF 13'392'214; Aufwandüberschuss: CHF 1‘036‘682; Nettoinvestitionen: CHF 2‘855‘000; Steuerfuss natürliche Personen (Einkommens- und Vermögenssteuer): 65%; Steuerfuss juristische Personen (Kapital- und Ertragssteuer): 55%; Sondersteuersatz: 55%.

Budget Erfolgsrechnung 2025	Wir stellen fest, dass • das Budget 2025 ordnungsgemäss nach HRM2 erstellt wurde und im Umfang § 26 der Gemeinderechnungsverordnung entspricht; • das Budget 2025 mit einem unveränderten Steuerfuss für natürliche Personen von 65% und für juristische Personen von 55% der Staatssteuer erstellt wurde; • sich die Steuereinnahmen der natürlichen Personen von CHF 4.53 Mio. gegenüber dem Budget 2024 um CHF 88‘000 leicht verbessern. Der Effekt der Senkung der Vermögenssteuer auf Kantonsebene von CHF 90‘000 verhindert ein besseres Resultat; • der Fiskalertrag der juristischen Personen sich kontinuierlich verschlechtert und zwar auf CHF 144‘500, also um CHF 36‘500 tiefer als im Budget 2024. Insgesamt eine wenig erfreuliche Entwicklung; • die Sanierung der Schiessanlage (Dekontamination aufgrund Vorgaben des Umweltschutzgesetzes und der Altlastenverordnung des Bundes) einerseits den Sach- und Betriebsaufwand um CHF 630‘000 erhöht, und andererseits ebenfalls den Transferertrag mit CHF 416‘000. Netto bleiben CHF 214‘000 Mehraufwand für die Gemeinde. Obwohl eine (zumindest teilweise) gebundene Ausgabe, fragen wir uns, ob aufgrund der Höhe der Ausgaben, welche über den Finanzkompetenzen des Gemeinderats für ungebundene Aufwendungen liegen, nicht eine separate Sondervorlage der Einwohnergemeindeversammlung vorgelegt und verabschiedet werden sollte; • der Transferertrag um netto CHF 955‘800 steigt, aufgrund des höheren Ressourcenausgleichs, der Lastenabgeltungen, Logopädie-Beiträge der Gemeinden und des oben erwähnten Kantonsbeitrags zur Sanierung der Schiessanlage, sowie geringeren Entschädigungen vom Kanton im Asylwesen; • die Funktion 2 Bildung eine starke Kostensteigerung von CHF 527‘801 auf CHF 4.76 Mio. im Vergleich zum Budget 2024 aufweist. Dies v.a. aufgrund wesentlich höherer Personalkosten infolge Stufenanstiegs, Teuerung, Wegfall von pensenreduzierten Kindergartenklassen und zusätzlichen Entlastungslektionen für Klassenlehrpersonen, sowie weiteren Infrastruktur-Ausgaben (wie Möblierung und Umstellung auf elektronische Unterrichtshilfen); • die Funktion 4 Gesundheit ebenfalls eine Kostensteigerung um CHF 161‘090 auf CHF 1.48 Mio. gegenüber dem Budget 2024 aufzeigt. Infolge der demographischen Entwicklung sind höheren Kosten für die Pflegefinanzierung in den Heimen und die ambulante Krankenpflege (Spitex) zu erwarten; • die Funktion 5 Soziale Sicherheit erfreulicherweise eine Verbesserung von CHF 194‘615 zum Budget 2024 zeigt, wobei tiefere Aufwände im Asylwesen den Hauptanteil daran beisteuert. Die Entwicklungen im Asylwesen bleiben aber höchst ungewiss, sind doch Bestrebungen auf kantonaler Ebene im Gange, die Gemeinden zu höheren Aufnahmequoten zu zwingen; • über alles gesehen nach wie vor relativ zurückhaltend geschätzt wurde. Begründet wird dies vom Gemeinderat durch die Anwendung des „Vorsichtsprinzips“. Aus unserer Sicht muss aber darauf geachtet werden, dass die Differenz zu den effektiv erreichten Zahlen der ordentlichen Rechnungsabschlüsse wiederholt eine deutliche Verbesserung der Resultate gegenüber dem Budget ergeben. Dies könnte auf die Dauer zu einem abnehmenden Vertrauen in die budgetierten Zahlen führen; • **der geplante Aufwandüberschuss von CHF 1‘036‘682 noch durch das Eigenkapital gedeckt ist**.
Spezialfinanzierungen (SF)	Wir stellen fest, dass • die SF Wasserversorgung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 54‘775 budgetiert wird, dadurch reduziert sich das Eigenkapital auf CHF 0.95 Mio.; • aufgrund der geplanten Investition bei der SF Wasserversorgung (Wasseraufbereitung z’Hof) die Nettoschuld (Verpflichtung) gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt auf über CHF 2 Mio. ansteigt;

	• die SF Abwasserbeseitigung budgetiert mit einem Aufwandüberschuss von CHF 229'115. Das Eigenkapital vermindert sich dadurch auf CHF 0.52 Mio.; • die SF Abfallbeseitigung ein budgetiertes Defizit von CHF 14'875 ausweist, wonach das Eigenkapital auf CHF 80'300 sinkt; • alle SF noch über ein genügend hohes Eigenkapital (Guthaben gegenüber der Einwohnergemeinde) verfügen.
Budget Investitionen 2025	Wir stellen fest, dass • Nettoinvestitionen von CHF 2,85 Mio. geplant sind, so aber nicht mit dem Budget 2024 verglichen werden können, da grössere Investitionen verschoben (Pumpwerk z'Hof, Sanierung Verwaltungsgebäude und Umbau Büroräumlichkeiten, Ersatz Kunstrasen) oder sistiert (Erweiterung Primarschule) wurden; • sich der Selbstfinanzierungsgrad mit -36.2% gegenüber dem Budget 2024 verschlechtert hat, und somit die geplanten Investitionen im 2025 - vorbehältlich der Zustimmung durch die Gemeindeversammlung - ausschliesslich durch die Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden können; • zur Finanzierung der geplanten Investitionen voraussichtlich ein Darlehen von CHF 2.5 Mio. aufgenommen werden muss und damit die Schulden gegenüber Dritten auf CHF 7.5 Mio. bis Ende 2025 ansteigen werden. Somit wird die Verzinsung dieser Verbindlichkeiten um CHF 50'000 auf total CHF 150'000 pro Jahr zunehmen; • **gemäss unserem gesetzlichem Auftrag (§55 Gemeinderechnungsverordnung) wir darauf hinweisen müssen, dass mit diesem geplanten Investitionsvolumen die Schwelle der finanziellen Tragbarkeit für die Gemeinde überschritten wird. Neben den Zinsaufwänden für das Fremdkapital werden die Abschreibungen die Erfolgsrechnung stärker belasten und damit den Aufwandüberschuss in Zukunft weiter ansteigen lassen.**
Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 - 2029	Wir stellen fest, dass • die Planung von unveränderten Steuersätzen der natürlichen und juristischen Personen über die ganze Zeitspanne ausgeht und auch keine Gebührenerhöhungen einberechnet wurden; • der Finanzierungssaldo über die gesamte Planungsperiode gesehen negativ ist (Mittelwert CHF -3.1 Mio.), was die Verschuldung bis 2029 auf CHF 19.0 Mio. ansteigt lässt, die ohne zusätzlich Fremdmittelaufnahme nicht finanziert werden kann; • durch den im Budget 2024 geplanten - aber nicht realisierten bzw. verschobenen - Investitions-Peak die Vergleichbarkeit (z.B. Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad) zu diesem Jahr nicht gegeben ist; • aufgrund der Aufwandüberschüsse und der hohen Fremdverschuldung die Bonität bzw. Kreditwürdigkeit der Gemeinde laufend abnimmt und als Folge die Darlehens-Verzinsung teurer werden könnte (Risikoaufschlag); • die Erträge der Erfolgsrechnung über die Jahre nur bescheiden ansteigen werden. Der Gemeinderat vertritt offenbar die Meinung, dass das Bevölkerungswachstum keinen grossen Effekt auf die Ertragsseite (Transfer- und Steuereinnahmen) hat, obwohl weitere Bauprojekte in Planung sind und Infrastruktur-Verbesserungen in Oberdorf und im Waldenburgertal die Attraktivität der Gemeinde fördern sollten; • die Investition in die geplante gemeinsame Wasseraufbereitung z'Hof von zirka CHF 1.8 Mio. im Jahre 2025 (Zustimmung der Bevölkerung vorausgesetzt) zu einem erhöhten Abschreibungsaufwand ab 2026 führt. Als Folge davon könnte dies zu einem schnelleren Abbau des Eigenkapitals der SF Wasserversorgung beitragen, und hätte allenfalls Auswirkungen auf die Höhe der Wasser-Gebühren; • ein ähnliches Bild bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung zu einer kontinuierlichen Abnahme des Eigenkapitals führt und ab 2028 / 2029 durch Gebühren-Erhöhungen ausgeglichen werden muss; • die Planung ab Ende 2027 einen Bilanzfehlbetrag aufweist, und die Gemeinde somit über kein Eigenkapital mehr verfügt bzw. überschuldet ist. Der Regierungsrat kann somit gemäss Gemeindegesetz § 168a lit. b Abs. 5 im Sinne von § 166 gegenüber der Gemeinde Aufsichtsmassnahmen beschliessen; • **aufgrund der geplanten Aufwandüberschüsse zusammen mit den Investitionen über die nächsten Jahre und der daraus resultierenden enormen Verschuldung der Gemeinde, der vorliegende AFP als keine verantwortungsbewusste und vernünftigerweise realisierbare Zukunftsperspektive erachtet werden kann. Zu diesem Thema beachten Sie bitte die nachstehenden Bemerkungen.**

Wie bereits in den vergangenen Jahren erwähnt, stellt die finanzielle Zukunft der Gemeinde Oberdorf den Gemeinderat weiterhin vor grosse Herausforderungen. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen und die vom Bund und Kanton auferlegten Pflichten an die Gemeinde haben sich bisher in keiner Weise verändert. Eher das Gegenteil ist der Fall.
Aktuell (anfangs November 2024) sind auf Kantonsebene wiederum verschiedene Vorstösse in Vorbereitung, welche massgebliche Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Gemeinden haben. Als wichtigste sind die Landsratsvorlage des Regierungsrats zum Thema Finanzausgleich und Aufgabenteilung und die Gemeindeinitiative der Gebergemeinden zur Neuregelung des kantonalen Finanzausgleichs zu nennen.
Das vorliegende Budget und der AFP sind deshalb bereits mit weiteren Unsicherheiten behaftet, neben den schwer abschätzbaren Auswirkungen der konjunkturellen und weltpolitischen Lage.

Eine Umgestaltung der Finanzierung (Ressourcen- und Lastenausgleich) und/oder grundsätzlich die Aufgabenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich sind unbedingt erforderlich. Die Prinzipien der „fiskalischen Äquivalenz" (grob übersetzt: „Wer zahlt, befiehlt") und der Gemeindeautonomie werden seit längerer Zeit nicht konsequent eingehalten. Dies führt dazu, dass die Gemeinden ungewollt und fremdbestimmt in eine wachsende Verschuldung geraten, aus der sie aus eigener Kraft praktisch nicht mehr herausfinden können.

5. Antrag

Wir empfehlen dem Gemeinderat auf politischer Ebene (VBLG, Landrat, Kommissionen) in Bezug auf die Aufgaben- bzw. Lastenverteilung (Bildung, Sozialhilfe, Gesundheit) zwischen Kanton und Gemeinden nicht nachzulassen und weiterhin aktiv zu bleiben.
Weiter sollte die finanzielle Situation der Gemeinde mit der absehbaren ständig steigenden Verschuldung und der prognostizierten fehlenden Eigenkapitaldeckung an die zuständigen Stellen des Kantons kommuniziert und eine Beratung / Unterstützung / Massnahmenempfehlung (schriftliche Antwort) verlangt werden.

Ergänzend empfehlen wir, Kooperationen mit Nachbargemeinden in all denjenigen Bereichen anzustreben, wo sinnvoll, Synergien fördernd und kostenreduzierend, sowie nach Möglichkeiten zu suchen, um das Steuersubstrat der natürlichen und juristischen Personen der Gemeinde mittel- und langfristig zu verbessern.

Der Einwohnergemeindeversammlung empfehlen wir, das Budget 2025 zu genehmigen.
Der Aufgaben- und Finanzplan 2025-2029 ist zur Kenntnis zu nehmen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Oberdorf BL

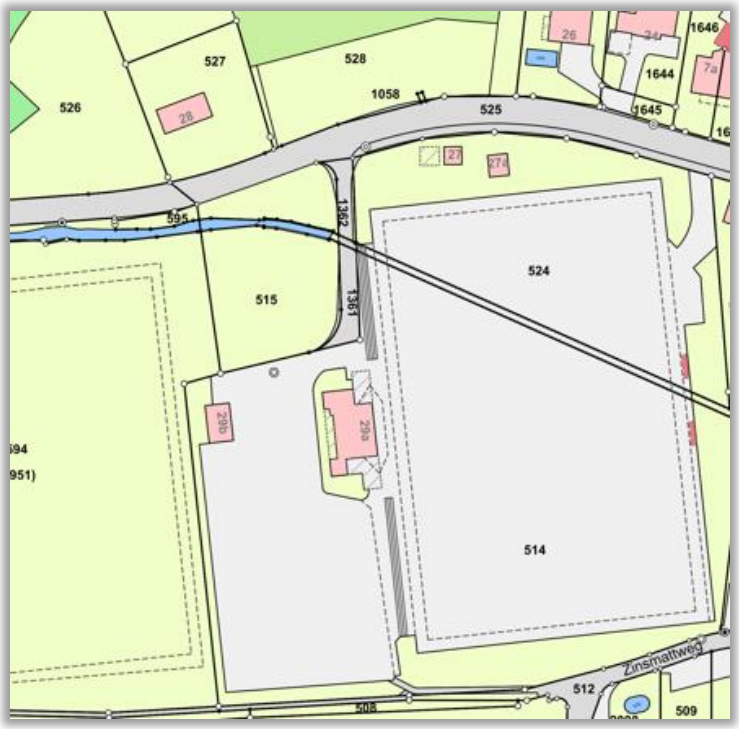
Patrick Buser, Präsident Tino Kobler, Aktuar

Oberdorf, 4. November 2024

4. Investitionsbeitrag über Fr. 530‘000.00 (inkl. MwSt.) für den Ersatz Kunstrasen z‘Hof

Ausgangslage

Auf der Sportanlage z'Hof wurde 2007 ein Kunstrasenfeld mit einem mit Gummigranulat verfüllten Kunstrasenteppich erstellt. Ein Kunstrasen hat eine Lebensdauer von ca. 12 bis 15 Jahren. Mit seinen 17 Jahren hat das bestehende Kunstrasenfeld seine Lebensdauer deutlich überschritten, was sich auch darin zeigt, dass sich die Kunststoffgrashalme seit einiger Zeit abnutzen und auflösen. Ein Ersatz des Kunstrasenfeldes ist darum zwingend und dringend.



Kunstrasen oder Naturrasen

Wie bereits beim damaligen Neubau des Kunstrasens im Jahr 2007 sind weiterhin die geologischen und witterungsbedingten Bodenverhältnisse das stärkste Argument für einen Kunstrasen. Im Frühling und Herbst sind die Verhältnisse auf z'Hof für die Benutzung eines Naturrasens zum Teil prekär, so dass ohne Kunstrasen ein normaler Fussballbetrieb nicht mehr möglich wäre. Damit der sehr grosse Spielbetrieb mit aktuell 2 Aktiv- und 11 Juniorenmannschaften sowie 3 Trainingsgruppen weiterhin aufrechterhalten werden kann, ist auch in Zukunft ein Kunstrasen zwingend.

Ein Kunstrasenplatz lohnt sich auch wirtschaftlich. Durch den Einbau des Kunstrasens konnten die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten massiv gesenkt werden. Diese Einsparungen sind höher als die jährlichen Amortisations- bzw. Abschreibungskosten für die Investition in einen Kunstrasenplatz.

Wegen der viel höheren Benutzungszeit schneidet der Kunstrasenplatz auch bei einem Kosten/Nutzen-Abwägung deutlich besser ab.

Darum haben sich der Gemeinderat und der FC Oberdorf darauf geeinigt, den bestehenden Kunstrasenplatz durch einen neuen ohne Granulat verfüllten Kunstrasenplatz zu ersetzen.

Projekt

Innerhalb einer Baukommission mit Vertretern des Gemeinderates und des FC Oberdorf wurde das Projekt für den Ersatz des Kunstrasenplatzes erarbeitet. Es beinhaltet einen unverfüllten Kunstrasen auf einer Dämpfungsschicht aus Kunststoff. Die bestehende Entwässerung kann ebenso übernommen werden wie die Beleuchtung und die Umzäunung.

Mit dem Projekt wird auch der Abstellplatz für die Tore erweitert, damit in Zukunft alle grossen und kleinen Tore neben dem Fussballplatz sicher abgestellt werden können.

Ein weiterer Projektbestandteil ist der Ersatz der beiden Haupttore sowie der abgenutzten Spielerbänke.

Kostenvoranschlag

Baumeisterarbeiten	CHF	160'000.00
Kunstrasen	CHF	450'000.00
Abstellfläche	CHF	45'000.00
Einrichtungen, Geräte	CHF	55'000.00
Projekt und Bauleitung	CHF	30'000.00
Unvorhergesehenes	CHF	30'000.00
Total Kosten	**CHF**	**770'000.00**

Finanzierung

An den Kosten von CHF 770'000.00 beteiligt sich der der Kanton mit dem Swisslos-Sportfond mit dem am 08.11.2024 zugesicherten Beitrag von CHF 185'000.-. Dieser Beitrag erfolgt nur darum, weil der FC Oberdorf sowohl für den Betrieb des Fussballplatzes als auch für die Bauherrschaft des Projektes verantwortlich zeichnet. Dazu wird der FC Oberdorf auch einen Betrag von CHF 50'000.- an die Investitionskosten leisten. Diesen Betrag beabsichtigt der FC Oberdorf durch verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten wie Einweihungsfest, Sponsorenlauf, Crowdfunding, Beiträge etc zu erwirtschaften. Nach erfolgten Rückmeldungen an den Gemeinderat werden sich umliegende Gemeinden mit ca. CHF 5'000.- an den Investitionskosten beteiligen.

So verbleiben CHF 530'000.-, welche durch die Gemeinde Oberdorf zu finanzieren sind.

Zusammenfassung

Total Kosten inkl. MwSt.	CHF	770’000.00
./. Swisslos Sportfonds	CHF	185’000.00
./. FC Oberdorf	CHF	50'000.00
./. Gemeinden	CHF	5'000.00
Anteil Gemeinde Oberdorf	**CHF**	**530'000.00**

Jährliche Folgekosten für die Gemeinde

Abschreibung 15 Jahre / 6.67 %	CHF	35‘333.35
Fremdkapital 2 % (Annahme)	CHF	10‘600.00

Terminprogramm

Kreditgenehmigung Gemeindeversammlung	Dezember 2024
Vergabe Baumeister und Kunstrasen	Januar 2025
Baubeginn	Ende Juni 2025
Inbetriebnahme	Ende August 2025

ANTRAG

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dem Investitionsbeitrag über Fr. 530'000.00 (inkl. MwSt.) für den Ersatz Kunstrasen z’Hof zuzustimmen.

5. Totalrevision Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege

Ausgangslage
Das Amt für Gesundheit BL, Abteilung Kantonszahnärztlicher Dienst hat der Einwohnergemeinde Oberdorf mitgeteilt, dass die Subventionen an die Behandlungskosten für subventionsberechtigte Massnahmen zu tief sind und angehoben werden müssen.

Gemäss dem Kantonalen Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz hat die Gemeinde und der Kanton je 1/6 der Kosten der subventionsberechtigten Massnahmen für konservierende und orthopädische zahnärztliche Behandlungen zu übernehmen.

Die Gemeinde wurde angewiesen, den seit 10 Jahren bestehenden Subventionsschlüssel anzupassen, so dass die gesamten Subvention 1/6 der Kosten betragen.

Der Gemeinderat hat diese Anpassung zum Anlass genommen, das Reglement zu überarbeiten und den Subventionsschlüssel neu in einer Verordnung zum Reglement zu regeln.

ANTRAG

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, der Totalrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege zuzustimmen.

Synopse Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege

Die Einwohnergemeindeversammlung der Gemeinde Oberdorf beschliesst, gestützt auf § 47 Absatz 1 Ziffer 2 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970:

ALTES REGLEMENT	*NEUES REGLEMENT*
A. Allgemeine Bestimmungen	**A. Allgemeine Bestimmungen**
§ 1 Geltungsbereich	**§ 1 Geltungsbereich**
[1] Dieses Reglement enthält die ergänzenden kommunalen Bestimmungen zum Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz vom 19. September 1996.	[1] Dieses Reglement enthält die ergänzenden kommunalen Bestimmungen zum Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz vom 19. September 1996.
[2] Die Kinder- und Jugendzahnpflege umfasst auch die Kinder des Kindergartens.	[2] Die Kinder- und Jugendzahnpflege umfasst die Kinder ab Eintritt in den Kindergarten bis zur Vollendung des 18. Altersjahres gemäss den Beitrittsbedingungen § 6 Kinder- und Jugendzahnpflegesetz.
[3] Die in diesem Reglement verwendeten Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.	[3] *gestrichen*

§ 2 Zuständigkeit des Gemeinderates Der Gemeinderat übt die Aufsicht über die Kinder- und Jugendzahnpflege aus und erfüllt die gesetzlichen Aufgaben, die der Gemeinde im Zusammenhang mit dem Ausschluss nicht geeigneter Zahnärzte (§ 4 Absatz 3 Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz) und dem Ausschluss von Kindern und Jugendlichen von der Subventionierung (§ 11 Absatz 2 Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz) übertragen sind.	**§ 2 Zuständigkeit des Gemeinderates** [1] Der Gemeinderat übt die Aufsicht über die Kinder- und Jugendzahnpflege aus und erfüllt die gesetzlichen Aufgaben, die der Gemeinde im Zusammenhang mit dem Ausschluss nicht geeigneter Zahnärzte und Zahnärztinnen (§ 4 Absatz 3 Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz) und dem Ausschluss von Kindern und Jugendlichen von der Subventionierung (§ 11 Absatz 2 Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz) übertragen sind. [2] Der Gemeinderat beschliesst in der Verordnung die gültigen Subventionssätze der Kinder- und Jugendzahnpflege.
§ 3 Administrative Belange [1] Für die kommunalen administrativen Belange der Kinder- und Jugendzahnpflege, wie die administrative Zusammenarbeit mit den Eltern und Zahnärzten, das Finanzielle, der Verkehr mit dem kantonszahnärztlichen Dienst usw. ist die Gemeindeverwaltung zuständig. [2] Die Gemeindeverwaltung orientiert die Eltern der in den Kindergarten eintretenden Kinder und die Eltern neu zuziehender Kinder über die Kinder- und Jugendzahnpflege und erfasst die Beitretenden und deren Zahnarztwahl.	**§ 3 Administrative Belange** [1] Für die kommunalen administrativen Belange der Kinder- und Jugendzahnpflege, wie die administrative Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten, mit den Zahnärzten und Zahnärztinnen, das Finanzielle, der Verkehr mit dem kantonszahnärztlichen Dienst usw. ist die Gemeindeverwaltung zuständig. [2] Die Gemeindeverwaltung orientiert die Erziehungsberechtigten der in den Kindergarten eintretenden Kinder und die Erziehungsberechtigten neu zuziehender Kinder über die Kinder- und Jugendzahnpflege und erfasst die Beitretenden und deren Zahnarztwahl.
§ 4 Aufgaben der Eltern Die Eltern melden der Gemeindeverwaltung den Beitritt zur Kinder- und Jugendzahnpflege oder den Austritt, den gewählten Zahnarzt oder die gewählte Zahnärztin und eine allfällige Änderung in der Zahnarztwahl.	**§ 4 Aufgaben der Erziehungsberechtigten** Die Erziehungsberechtigten melden der Gemeindeverwaltung den Beitritt in oder den Austritt aus der Kinder- und Jugendzahnpflege, den gewählten Zahnarzt oder die gewählte Zahnärztin und eine allfällige Änderung in der Zahnarztwahl.
§ 5 Kommunale Kontrollen und Prävention Bei vorliegenden besonderen Gründen kann der Gemeinderat nach Rücksprache mit dem Kantonszahnarzt allgemeine zahnmedizinische Kontrolluntersuchungen und Präventionsprogramme zu Lasten der Gemeinde anordnen.	**§ 5 Kommunale Kontrollen und Prävention** Bei vorliegenden besonderen Gründen kann der Gemeinderat, nach Rücksprache mit dem Kantonszahnarzt oder der Kantonszahnärztin, allgemeine zahnmedizinische Kontrolluntersuchungen und Präventionsprogramme zu Lasten der Gemeinde anordnen.
B. Finanzielles **§ 6 Subventionsschlüssel** [1] Der Gemeindebeitrag an die Behandlungskosten von subventionsberechtigten Massnahmen trägt den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Kinderzahl der Eltern Rechnung.	**B. Finanzielles** **§ 6 Subventionsschlüssel** [1] An die Kosten von subventionsberechtigten Leistungen (§ 10 Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz) kann – je nach Einkommen der Erziehungsberechtigten sowie der Kinderzahl – ein Gemeidebeitrag gewährt werden. Dieser Gemeindebeitrag

	kann zwischen 5 % und 95 % der Behandlungskosten betragen.
[2] Der Subventionsschlüssel im Anhang bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Reglements.	[2] Bei über 18-jährigen werden die Beiträge bis zum Abschluss der Behandlung ausgerichtet.
[3] In besonderen Härtefällen kann der Gemeinderat höhere Gemeindebeiträge bewilligen.	[3] *gestrichen*
§ 7 Festsetzung des Subventionssatzes	**§ 7 Anwendung des Subventionsschlüssels**
[1] Der Subventionssatz gemäss Subventionsschlüssel richtet sich nach den letzten definitiven Steuerfaktoren der Eltern und wird durch die Gemeindeverwaltung monatlich aktualisiert.	[1] Der Subventionssatz, gemäss Subventionsschlüssel, richtet sich nach den letzten definitiven Steuerfaktoren der Erziehungsberechtigten und wird durch die Gemeindeverwaltung monatlich aktualisiert.
[2] Massgebend ist das Jahreseinkommen derjenigen Elternteile, die mit dem Kind im gleichen Haushalt leben.	[2] Massgebend ist das Jahreseinkommen der Erziehungsberechtigten, die mit dem Kind im gleichen Haushalt leben.
[3] Das massgebende Jahreseinkommen entspricht dem steuerbaren Einkommen (letzte definitive Veranlagung) vermehrt um - die Einkäufe von fehlenden Beitragsjahren in die 2. Säule - die Liegenschaftsunterhaltskosten, die den Pauschalabzug übersteigen	[3] Das massgebende Jahreseinkommen entspricht dem steuerbaren Einkommen (Position 790) der letzten definitiven Veranlagung, vermehrt um - die Einkäufe von fehlenden Beitragsjahren in die 2. Säule (Position 600). - die Liegenschaftsunterhaltskosten, die den Pauschalabzug übersteigen (Position 415).
[4] Bei Personen, die der Quellensteuer unterliegen, entspricht das massgebende Einkommen dem um die jeweils geltenden steuerrechtlichen pauschalen Abzüge für Mietkosten und Versicherungen verminderten Nettoeinkommen.	[4] Bei Erziehungsberechtigten, die der Quellensteuer unterliegen, entspricht das massgebende Einkommen dem um die jeweils geltenden steuerrechtlichen pauschalen Abzüge für Mietkosten und Versicherungen verminderten Nettoeinkommen.
[5] Es gilt der Subventionssatz zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung an die Eltern.	[5] Es gilt der Subventionssatz zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung an die Erziehungsberechtigten.
	[6] In Härtefällen kann der Gemeinderat auf schriftliches und begründetes Gesuch hin einen höheren Gemeindebeitrag bewilligen.
§ 8 Zahlungsfrist	**§ 8 Zahlungsfrist**
Die um den allfälligen Subventionsbeitrag gekürzte Rechnung der Gemeinde ist von den Eltern innert 30 Tagen zu bezahlen. In begründeten Härtefällen kann die Gemeindeverwaltung auf Gesuch hin eine längere Zahlungsfrist bewilligen.	Die um den allfälligen Subventionsbeitrag gekürzte Rechnung der Gemeinde ist von den Erziehungsberechtigten innert 30 Tagen zu bezahlen. In begründeten Härtefällen kann die Gemeindeverwaltung auf Gesuch hin eine längere Zahlungsfrist bewilligen.
§ 9 Abrechnung der Zahnärzte und Zahnärztinnen	**§ 9 Abrechnung der Zahnärzte und Zahnärztinnen**
Die Zahnärzte verrechnen ihre Leistungen spätestens bis Ende des jeweiligen Kalenderjahres.	Die Zahnärzte und Zahnärztinnen verrechnen ihre Leistungen spätestens bis Ende des jeweiligen Kalenderjahres.

§ 10 Rechtsmittel [1] Gegen Verfügungen der Gemeindeverwaltung kann innert 10 Tagen nach Erhalt Beschwerde beim Gemeinderat erhoben werden. [2] Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tagen nach Erhalt Beschwerde beim Regierungsrat erhoben werden.	**§ 10 Rechtsmittel** [1] Gegen Verfügungen der Gemeindeverwaltung kann innert 10 Tagen nach Erhalt Beschwerde beim Gemeinderat erhoben werden. [2] Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tagen nach Erhalt Beschwerde beim Regierungsrat erhoben werden.
C. Schlussbestimmungen **§ 11 Aufhebung bisherigen Rechts** Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden alle bisherigen, diesem Reglement widersprechen kommunalen Erlasse und Beschlüsse aufgehoben.	**C. Schlussbestimmungen** **§ 11 Aufhebung bisherigen Rechts** Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden alle bisherigen, diesem Reglement widersprechenden kommunalen Erlasse und Beschlüsse aufgehoben.
§ 12 Inkrafttreten Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion per 01.08.2016 in Kraft.	**§ 12 Inkrafttreten** [1] Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion per 01.01.2025 in Kraft. [2] Es findet auf alle zahnärztlichen Behandlungen Anwendung, die nach dem 01.01.2025 erfolgen.
Anhang zum Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege: **Subventionsschlüssel** Prozentuale Beitragsanteile der Gemeinde an die Behandlungskosten **massgebendes Jahreseinkommen in Franken** / **Subvention in %**: **1 Kind** / **2 Kinder** / **3 Kinder +** bis 30'000: 67 % / 75 % / 96 % bis 40'000: 63 % / 70 % / 89 % bis 50'000: 51 % / 57 % / 72 % bis 60'000: 34 % / 38 % / 49 % bis 70'000: 20 % / 23 % / 29 % bis 80'000: 11 % / 12 % / 15 % bis 90'000: 7 % / 7 % / 9 % bis 100'000: 6 % / 7 % / 8 % ab 100'000: 0 % / 0 % / 0 % Für kieferorthopädische Behandlungen wird in den Einkommensklassen bis Fr. 100‘000.00 ein Beitrag von mindestens 10 % gewährt. Bis zu einem Rechnungsbetrag von Fr. 10.00 werden keine Subventionen gewährt.	**Neu in der Verordnung festgelegt**

Nur zur Kenntnis:

Verordnung zum Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege

Der Gemeinderat gestützt auf § 2 Abs. 2 des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege vom xx.xx.xxxx beschliesst:

§ 1 Geltungsbereich

Ergänzend zum Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege wird die Subvention an die Zahnarztkosten in dieser Verordnung geregelt.

§ 2 Subventionsschlüssel

Die Gemeinde beteiligt sich mit nachfolgenden Prozente an den Behandlungskosten:

Einkommens-kategorie	Steuerbares Einkommen der Erziehungs-berechtigten	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr Kinder
1	0 – 40‘000	85 %	90 %	95 %
2	40‘001 – 50‘000	70 %	75 %	80 %
3	50‘001 – 60‘000	60 %	65 %	70 %
4	60‘001 – 65‘000	50 %	55 %	60 %
5	65‘001 – 70‘000	45 %	50 %	55 %
6	70‘001 – 75‘000	40 %	45 %	50 %
7	75‘001 – 80‘000	35 %	40 %	45 %
8	80‘001 – 85‘000	30 %	35 %	40 %
9	85‘001 – 90‘000	25 %	30 %	35 %
10	90‘001 – 95‘000	20 %	25 %	30 %
11	95‘001 – 100‘000	15 %	20 %	25 %

§ 3 Genehmigung und Inkrafttreten

die Verordnung tritt auf den 01.01.2025 in Kraft. Es findet auf allen zahnärztlichen Behandlungen Anwendung, die nach dem 01.01.2025 erfolgen.

6. Genehmigung neuer Konzessionsvertrag Elektrizitätsnetz zwischen der Gemeinde Oberdorf und der Elektra Baselland (EBL)

Ausgangslage

Die Gemeinden Frenkendorf, Liestal und Pratteln haben im Jahr 2022 eine inhaltliche Überprüfung des Konzessionsvertrages mit der EBL aus dem Jahr 1989 vorgenommen. Dabei geht es um das Recht, welches die EBL „erkauft", um im Gemeindegebiet bzw. vorzugsweise in den Strassen, ihr Leitungsnetz verlegen zu können. Dafür verlangt die EBL bei allen Stromkunden eine Abgabe von 0.34 Rp. /kWh. und weist diese auf der Stromrechnung aus.

Warum ein neuer Vertrag

Im Schnitt der Jahre 2020-2022 nahm die EBL damit Fr. 1.96 Mio. ein und zahlte den 50 Gemeinden, in welchen die EBL aktiv ist, eine Konzessionsabgabe von Fr. 0.31 Mio. und somit 16% aus. Die restlichen 84%, in Summe Fr. 1.65. Mio., verwendete die EBL für die Energieberatung und PV-Förderungen.

Für Frenkendorf, Liestal und Pratteln ist die heutige Situation inakzeptabel. Die Verwendung der Gelder für die Konzession an die Gemeinden basiert auf keiner gesetzlichen Bestimmung. Dasselbe gilt für die Höhe der verlangten Konzessionsabgabe.

Durch die Überprüfung des Vertrages kamen die oben genannten Gemeinden zum Schluss, dass die Abgabe der Konzession an die Gemeinden nicht in Energieberatung und PV-Förderungen umgeleitet werden darf, sondern direkt an die Gemeinden zurückfliessen soll. Darum kündigten Frenkendorf, Liestal und Pratteln aufgrund der 5-jährigen Kündigungsfrist im Jahr 2022 den Vertrag und traten mit der EBL in Verhandlungen zur Erarbeitung eines neuen Vertrages.

Was ändert sich?

- Mit dem neuen Vertrag gehen die an die EBL durch die Stromkunden bezahlten Abgaben für die Konzession direkt an die Gemeinden und werden nicht mehr für Dienstleistungen der EBL verwendet.
- Die Höhe der Abgabe (aktuell 0.34 Rp. / kWh) legen zukünftig die Gemeinden selbst fest. Sie hat dies bis Mitte Jahr der EBL mitzuteilen.
- Die heute subventionierte Energieberatung wird auf Kosten der EBL als Dienstleistungen der EBL angeboten bzw. obliegt in der Entscheidungsfreiheit der EBL, wie und inwiefern sie diese Dienstleistungen anbietet.
- Der 35-jährige Konzessionsvertrag enthält z.B. auch Dienstleistungen der EBL (z.B. Strassenbeleuchtung oder gewährte Rabatte) an die Gemeinden, welche in keinem Zusammenhang mit der Konzessionsabgabe stehen. Die Überprüfung des Vertrages wird nun genutzt, den Vertrag auf den neusten Stand zu bringen und diese Punkte in einem sep. Vertrag oder einer Vereinbarung festzuhalten und zu regeln.

Was bedeutet das nun?

Für die Gemeinde Oberdorf bedeutet die Änderung bei gleichbleibender Höhe der Konzessionsabgabe, dass zukünftig anstelle ca. Fr. 8‘000.- neu ca. Fr. 40‘000.- an die Gemeinde gehen. Neu würde es terminlich wie folgt ablaufen:

- Bis Mitte Jahr legt die Gemeinde die Höhe der Abgabe für das kommende Jahr fest und teilt dies der EBL mit.
- Die EBL verlangt im Gemeindegebiet die Abgabe bei ihren Stromkunden.
- Im 2. Quartal des Jahres darauf bezahlt die EBL die eingezogenen Konzessionsgebühr an die Gemeinden aus. Die Auszahlung erfolgt so, dass die Gemeinde bei der Festlegung der Höhe je nach zurückfliessender Betragshöhe entsprechend für das kommende Jahr reagieren könnte.

Weiteres Vorgehen

Nach Beschluss der Einwohnergemeindeversammlungen im EBL-Gebiet soll die Änderung zuerst bei den drei federführenden Gemeinden Frenkendorf, Liestal und Pratteln aufgrund der Kündigung im Jahr 2022 umgesetzt werden. Im Interesse aller (EBL und Gemeinden) soll die Änderung voraussichtlich wie folgt terminiert werden:

Frenkendorf, Liestal, Pratteln	ab 01.01.2025
alle anderen Gemeinden	ab 01.01.2026

Somit würde die Gemeinde Oberdorf die Höhe der Abgabe bis spätestens Mitte nächsten Jahres für das Jahr 2026 festlegen.

Entscheid Einwohnerversammlung

Die Änderung des Konzessionsvertrages mit der EBL benötigt eine Zustimmung durch die Einwohnerversammlungen.
Die Festlegung der Höhe der Abgabe ist wie eine Gebühr (analog der Wasser-/Abwassergebühr) und liegt somit in der Entscheidungshoheit der Einwohnerversammlung. Die Einwohnerversammlung kann dem Gemeinderat die Befugnis erteilen, die Gebühr in einem von der Einwohnerversammlung festgelegten Bandbreite zu bestimmen. Eine Gebühr ausserhalb des festgelegten Rahmens benötigt weiterhin die Zustimmung der Einwohnergemeindeversammlung.

ANTRAG

1. **Der Gemeinderat beantragt, dem vorliegenden Konzessionsvertrag mit der EBL zuzustimmen. Der Vertrag tritt auf den 01.01.2026 in Kraft.**

2. **Der Gemeinderat beantragt, die Höhe der Konzessionsabgabe im Bereich von 0.3 bis 0.4 Rp./kWh (exkl. MwSt.) festzulegen.**

3. **Der Gemeinderat beantragt, dass die Einwohnergemeindeversammlung dem Gemeinderat die Befugnis erteilt, die Konzessionsabgabe im definierten Rahmen festlegen zu können.**

Synopse - Strom-Konzessionsvertrag mit der EBL

Vertrag Heute	Vertrag Neu
KONZESSIONSVERTRAG zwischen der EINWOHNERGEMEINDE OBERDORF, vertreten durch den Gemeinderat, als Konzessionsgeberin (mit Gemeinde bezeichnet), und der ELEKTRA BASELLAND (EBL), Mühlemattstrasse 6, 4410 Liestal, als Konzessionärin (mit EBL bezeichnet), betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher. --- Die EBL verpflichtet sich, die Verbraucher mit elektrischer Energie zu möglichst vorteilhaften Bedingungen zu versorgen sowie die sparsame, umweltgerechte und rationelle Energieverwendung zu fördern. Zwischen der Gemeinde und der EBL wird gestützt auf Paragraph 5 des kantonalen Energiegesetzes vom 15. Oktober 1979 folgender Konzessionsvertrag abgeschlossen:	**KONZESSIONSVERTRAG** zwischen der EINWOHNERGEMEINDE OBERDORF, vertreten durch den Gemeinderat, als Konzessionsgeberin (mit Gemeinde bezeichnet), und der ELEKTRA BASELLAND (EBL), Mühlemattstrasse 6, 4410 Liestal, als Konzessionärin (mit EBL bezeichnet), betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher. --- Zwischen der Gemeinde und der EBL wird gestützt auf Paragraph 33 des kantonalen Energiegesetzes vom 16. Juni 2016 folgender Konzessionsvertrag abgeschlossen:
1. Gegenstand der Konzession Die Gemeinde erteilt der EBL eine Konzession zur Erstellung und zum Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie im Gemeindebann.	**Art. 1 Zweck und Gegenstand der Konzession** Dieser Vertrag regelt die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Parteien in Bezug auf die Konzession zur Erstellung und zum Betrieb von Leitungsnetzen und den damit notwendigen Installationen für die Verteilung elektrischer Energie im Gemeindebann.
2. Inhalt der Konzession [1] Mit der Konzession verleiht die Gemeinde der EBL das Recht, die Allmend für die Erstellung und den Betrieb von Leitungsnetzen zur Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher mitzubenützen. Bau- und Aufgrabbewilligungen bleiben vorbehalten. [2] Die Gemeinde kann in Fällen überwiegenden öffentlichen Interesses Dritten die Benützung der Allmend zur Energieverteilung ebenfalls erlauben. [3] Änderungen am Leitungsnetz infolge Bauarbeiten der öffentlichen Hand werden von der EBL auf eigene Kosten ausgeführt.	**Art. 2 Inhalt der Konzession** [1] Mit der Konzession verleiht die Gemeinde der EBL das Recht, die Allmend für die Erstellung und den Betrieb von Leitungsnetzen zur Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher mitzubenützen. Bau- und Aufgrabbewilligungen bleiben vorbehalten. [2] Die Gemeinde kann Dritten die Benützung der Allmend zur Energieverteilung ebenfalls erlauben insbesondere bei Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch und lokalen Elektrizitätsgemeinschaften. [3] Die EBL verpflichtet sich, im Gemeindegebiet das erforderliche elektrische Verteilnetz so zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben, dass eine sichere, leistungsfähige und effiziente Versorgung mit Elektrizität gewährleistet ist. Die EBL berücksichtigt dabei die bestehenden und absehbaren Anforderungen, welche die Elektrifizierung des Energiesystems inklusive der verstärkten dezentralen Strom-Produktion und -Speicherung mit sich bringt.

	[4] Unter dem Begriff «Allmend» werden im vorliegenden Vertrag der öffentliche Grund und Boden im Gemeingebrauch verstanden, insbesondere öffentliche Strassen, Plätze und Wege sowie der darüber liegende Luftraum. [5] Unter dem Begriff «elektrisches Verteilnetz» sind im vorliegenden Vertrag unter- und oberirdische elektrische Stark- und Schwachstromanlagen zur Verteilung, Transport und Abgabe von elektrischer Energie samt Zubehör (Transformatorenstationen, Kabelschächte, Verteilkabinen, Steuerungs- und Datenübertragungsanlagen für eigene und fremde Zwecke usw.) zu verstehen.
3. Eigentum an den Leitungsnetzen Die von der EBL auf der Allmend erstellten oder betriebenen Leitungsnetze (ohne Strassenbeleuchtungsnetze) stehen im Eigentum der EBL.	**Art. 3. Eigentum an den Leitungsnetzen** [1] Die von der EBL auf der Allmend erstellten oder betriebenen Leitungsnetze (ohne Netz zur öffentlichen Beleuchtung) stehen im Eigentum der EBL. [2] Die Details zur öffentlichen Beleuchtung werden in einem separaten Vertrag geregelt.
	Art. 4 Bewilligungen und Kostentragung [1] Für Leitungen und Anlagen, die der Erfüllung der Aufgaben gemäss Art. 2 hiervor dienen, stellt die Gemeinde die von ihr zu erteilenden Bewilligungen in Aussicht, wenn die dafür erforderlichen Voraussetzungen (insbesondere Art. 5) erfüllt und die rechtlichen Vorgaben eingehalten sind. [2] Änderungen am Leitungsnetz infolge Bauarbeiten der öffentlichen Hand werden von der EBL auf eigene Kosten ausgeführt. [3] Die von der EBL zur Erstellung und zum Unterhalt ihrer Verteilanlagen beanspruchten öffentlichen und privaten Plätze, Strassen und Trottoirs sind von ihr auf eigene Kosten jeweils wieder in den Zustand zu setzen, in dem sie sich vor der Ausführung der Arbeiten durch die Werke befunden haben. [4] Die Arbeiten im Bereich von öffentlichen Plätzen, Strassen und Trottoirs sind von der EBL rasch möglichst auszuführen.
	Art. 5 Koordinationspflicht [1] Die EBL und die Gemeinde stimmen auf der Grundlage der Energieplanung und der Investitionsprogramme ihre kurz-, mittel- und langfristigen Planungen mindestens einmal jährlich aufeinander ab. [2] Beim Erstellen von neuen sowie beim Ausbau und bei Korrektionen von bestehenden öffentlichen und privaten Plätzen, Strassen und Trottoirs sind durch die EBL vorgängig oder gleichzeitig auch die erforderlichen Leitungen oder Rohranlagen einzulegen oder, wenn notwendig oder zweckmässig, zu verstärken oder zu erneuern. [3] Nach dem vollständigen Belagsersatz einer öffentlichen Strasse dürfen während fünf Jahren keine Grabarbeiten mehr durchgeführt werden. Ausnahmen bilden Hausanschlüsse und Notfälle, wobei in diesen Fällen der Deckbelag nach aktuellem Stand der Technik fach- und sachgerecht zu erneuern ist.

	[4] Bauarbeiten, insbesondere auf öffentlichem Grund, werden zwischen der Gemeinde und der EBL koordiniert. Grabarbeiten für Leitungen werden nach Möglichkeit gleichzeitig ausgeführt. Die Parteien prüfen jeweils die Zweckmässigkeit einer gemeinsamen Arbeitsvergabe. Federführend ist in der Regel die Partei, deren primärer Bedarf das Projekt auslöst. [5] Werden Werkleitungen in einem Kombigraben verlegt, beteiligen sich alle involvierten Gewerke an den Grabarbeiten und Belagsinstandstellungen entsprechend einem vorgängig festzulegenden Kostenteiler.
6. Konzessionsabgabe Für die Erteilung der Konzession gemäss Ziffer 1 dieses Vertrages verpflichtet sich die EBL zu folgenden Leistungen: [1] Die EBL vergütet als Konzessionsabgabe insgesamt 3 % ihres Umsatzes aus Energieverkäufen gemäss Geschäftsbericht. Die Gemeinde erhält einen entsprechend dem Stand der Wohnbevölkerung am 31. Dezember des Vorjahres und dem Umsatz aus Energieverkäufen des Vorjahres berechneten Anteil.	**Art. 6 Konzessionsabgabe** [1] Die EBL vergütet der Gemeinde eine Konzessionsabgabe für die mit diesem Vertrag eingeräumten Rechte. [2] Die Höhe der Konzessionsabgabe wird von der Gemeinde festgelegt und an die EBL gemeldet. Die Konzessionsabgabe basiert auf dem Stromverbrauch in der jeweiligen Gemeinde und wird in Rp. pro kWh festgelegt. Die Information an die Endverbraucher zur neuen Höhe der Konzessionsabgabe obliegt den Gemeinden. [3] Die Einführung oder Abschaffung einer Abgabe sowie jede Änderung der Abgabenhöhe, kann nur auf den Beginn eines Kalenderjahres erfolgen und ist der EBL spätestens per 31. Juli des Vorjahres per Einschreiben zu eröffnen. [4] Die zu entrichtende Konzessionsabgabe wird den Endverbrauchern im Gemeindegebiet weiterverrechnet und auf der Rechnung gesondert als «Abgaben und Leistungen an das Gemeinwesen (KAL)» ausgewiesen. [5] Die von der EBL jährlich erhobenen Konzessionsabgaben werden im 2. Quartal des Folgejahres an die Gemeinden ausbezahlt. [6] Sollten nach der Auszahlung Korrekturen an der Höhe des Stromverbrauchs erforderlich sein, werden die entsprechenden Korrekturrechnungen im Folgejahr verrechnet. [7] Auf Anfrage sind der Gemeinde Detaildaten zur Überprüfung der Berechnung der Konzessionsabgabe zur Verfügung zu stellen.
[2] Auf allen Materiallieferungen für die öffentliche Strassenbeleuchtung vergütet die EBL einen Rabatt von 15 %. [3] Die EBL verpflichtet sich, die Erstellung, allfällige Erweiterungen und Reparaturen sowie Unterhaltsarbeiten der gemeindeeigenen Strassenbeleuchtung zu Selbstkosten auszuführen. Die EBL gestattet der Gemeinde, bei der Erstellung der Strassenbeleuchtung ihre oberirdischen und unterirdischen Verteilanlagen unentgeltlich mitzubenützen, soweit dies der Betrieb erlaubt.	*Artikel gestrichen*

7. Übernahme von Elektrizität [1] Die EBL verpflichtet sich, überschüssige dezentral erzeugte Elektrizität zu übernehmen, sofern diese in einer für das Netz geeigneten Art und unter Einhaltung der technischen Vorschriften eingespeist wird. [2] Sie vergütet dem Erzeuger, was sie für die gleiche Elektrizitätsmenge gleicher Qualität aus einer neuen Anlage für die öffentliche Stromversorgung (thermisches Kraftwerk von mindestens 100 Megawatt) aufwenden müsste.	**Art. 7. Transport von Elektrizität** [1] Die EBL verpflichtet sich, im Rahmen der übergeordneten rechtlichen Bestimmungen, Elektrizität von sämtlichen Lieferanten in verschiedenen Qualitätsmerkmalen über Ihre Elektrizitätsnetze an die Endverbraucher zu liefern. [2] Die EBL lässt die verschiedenen, gesetzgeberisch vorgesehenen Modelle der Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch zu und gewährleistet diskriminierungsfreie Bedingungen.
8. Tarifgestaltung Tarifstrukturen sind so zu gestalten, dass sie die Ziele des Energiegesetzes unterstützen, insbesondere sollen sie zum Stromsparen anreizen und Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien fördern.	*Artikel gestrichen*
	Art. 8 Dienstbarkeiten [1] Die Gemeinde erteilt der EBL nach Möglichkeit und Absprache die für die Erfüllung der Aufgaben gemäss Art. 2 benötigten Rechte auf ihrer Allmend. [2] Die Durchleitungsrechte für die Inanspruchnahme von privatem Grundeigentum werden von der EBL erworben. Die Gemeinde ist dabei behilflich, soweit dies erforderlich und sinnvoll ist.
	Art. 9 Auskunftspflicht [1] Die Parteien informieren sich regelmässig über alle den Netzbetrieb und die kommunale Erschliessungsplanung betreffenden Fragen und insbesondere über Änderungen im Verteilnetz der EBL. Sie stellen sich gegenseitig alle dafür benötigten Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung und koordinieren gemeinsame Arbeiten (vgl. Art. 5 Koordinationspflicht). [2] Die Lieferung von Daten zum Verteilnetz kann auf Wunsch der Gemeinde mit einer Zusatzvereinbarung geregelt werden.
11. Konzessionsdauer [1] Dieser Vertrag tritt rückwirkend am 1. Januar 1988 in Kraft und dauert bis zum 31. Dezember 2007. [2] Wird die Konzession nicht fünf Jahre vor Ablauf gekündigt, so läuft sie auf unbestimmte Dauer mit fünfjähriger Kündigungsfrist weiter. [3] Bei gleichen Bedingungen steht der EBL beim Abschluss einer Folgekonzession der Vorrang zu. [4] Kommt keine Einigung über eine neue Konzession zustande, so vergütet die Gemeinde der EBL den Zustandswert der Leitungsnetze und elektrischen Anlagen. Die Gemeinde trägt auch die Kosten der Entflechtung zur anderweitigen Versorgung mit elektrischer Energie.	**Art. 10 Konzessionsdauer und Kündigung** [1] Dieser Vertrag tritt auf den 1. Januar 2025 in Kraft und ersetzt den Vertrag vom 1. Januar 1988. [2] Dieser Vertrag kann unter Einhaltung einer fünfjährigen Kündigungsfrist schriftlich auf Ende eines Jahres gekündigt werden, erstmals per 31. Dezember 2032. [3] Bei gleichen Bedingungen steht der EBL beim Abschluss einer Folgekonzession der Vorrang zu. [4] Kommt keine Einigung über eine neue Konzession zustande, so vergütet die Gemeinde der EBL den Zustandswert der Leitungsnetze und elektrischen Anlagen. Die Gemeinde trägt auch die Kosten der Entflechtung zur anderweitigen Versorgung mit elektrischer Energie.
	Art. 11 Salvatorische Klausel Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. In

	diesem Falle verpflichten sich die Parteien, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende wirksame Regelung zu ersetzen, die das bei Vertragsabschluss bestehende Verhältnis wiederherstellt oder welche die wirtschaftliche Zielsetzung des Vertrages einschliesslich der sich hieraus ergebenen Regelung erreicht. Stellt sich eine Lücke im Vertragswerk heraus, so soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit nur rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragschliessenden gewollt haben oder nach Sinn und Zweck des Vertragswerkes gewollt haben würden, soweit sie den Punkt bedacht hätten.

Zu Traktandum Nr. 7 der Einwohnergemeindeversammlung vom 5. Dezember 2024

7. Verschiedenes